

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Personalwesen

Treiber der Modernisierung

E-Government

- **Mecklenburg-Vorpommern:** Neues E-Government-Gesetz mit Experimentierklausel

Titel

- **Recruiting:** Fachkräfte für die Digitalisierung gewinnen

Informationstechnik

- **Zeiterfassung:** Europäischer Gerichtshof definiert die Arbeitszeit

Praxis

- **Dortmund:** Papierlose Prozesse als Basis für den Einsatz von KI



Spezial

- **Digitale Ratsarbeit:** Vor- und Nachteile virtueller Gremiensitzungen



**»Also, ich sehe eine
neue Zeit der Gelassenheit.«**

Und was sehen Sie? Kommunen, Bürger und Unternehmen, die Online-Dienste der eGovSuite nutzen, entdecken ein ganz neues Zeitgefühl.

**z.B. AKDB eGovSuite und
Bürgerservice-Portal**

Für Behördengänge Urlaub nehmen, Schlange stehen oder hektisch auf die Tube drücken? Nie mehr! Aufs Amt kann man auch ganz entschleunigt zu jeder Tages- und Nachtzeit. Mit der AKDB eGovSuite und ihren über 120 OZG-konformen Online-Diensten. Das sorgt für entspannte Bürger und zufriedene Unternehmer. Und entlastet neben Ihren Verwaltungs-Mitarbeitern auch noch das Klima.

*Möglichkeiten
überall*

AKDB

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist nicht lange her, da galt der schlanke Staat als attraktiv und als Garant für eine gestraffte, effizientere öffentliche Verwaltung. Die zielführende Diät lautete: Schwarze Null. Spätestens die Corona-Krise hat allerdings offenbart, dass eine personell ausgezehnte öffentliche Hand keineswegs mit weniger Aufwand mehr erreicht, im Gegenteil.



Die durch Sparpolitik erzeugte Personalsituation wirkt sich auch auf die Digitalisierung aus. Es fehlen die Experten, um alle Modernisierungsprojekte zu stemmen. Laut dem Branchenkompass Public Sector 2020 von Sopra Steria und dem F.A.Z.-Institut sind in Deutschland fast drei Viertel der IT-Stellen in Bund, Land und Kommunen nicht besetzt (Seite 14). Um den Mangel zu beheben, setzt die öffentliche Verwaltung auf Anreize wie Prämien und Zulagen für Fachkräfte. Auch beim Recruiting werden neue Wege gesucht. Viele Kommunen nutzen dazu Software-Lösungen, die den gesamten Prozess von der Stellenausschreibung bis zur Entscheidung für einen Bewerber unterstützen (Seite 18).

Einen anderen Weg, um dem IT-Fachkräftemangel zu begegnen, schlagen die Städte Köln und Leipzig vor. Vertreter beider Metropolen stellten auf dem Kongress des IT-Planungsrats Mitte März die „Dresdner Forderungen“: Demnach sollen Kommunen die Verantwortung für den IT-Betrieb ganz abgeben. Sabine Möwes, Digitalisierungsverantwortliche der Stadt Köln, erklärte: „Wir brauchen zentrale IT-Strukturen, einheitliche gemeinsame Lösungen und eine Vereinfachung bei den Fachverfahren.“

Ihr

Alexander Schaeff



ALLRIS

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Sitzungsdienst**
- **Sitzungsgeld**
- **Ratsinformationssystem**
- **Fraktionsarbeit**
- **Bürgerbeteiligung**

E-Government

- Mecklenburg-Vorpommern:**
E-Government-Gesetz lässt
Raum für Ideen 8
- Open Government:**
Bereitgestellte Daten erfüllen
nicht die Erwartungen 10
- Interview:** HSH-Geschäftsführer Stephan Hauber benennt
Versäumnisse rund um das
Onlinezugangsgesetz 12

Titel

- Personalwesen:** Dem Fachkräftemangel mehrgeleisig
begegnen 14
- Interview:** Marian Möhren,
Product Manager bei Wolters
Kluwer Deutschland, spricht
über den Personalbereich und
die Digitalisierung 16
- Bewerbungsmanagement:**
Medienbruchfrei besser Stellen
besetzen 18
- Interview:** Andreas Meya, Be-
reichsleiter bei der Haufe Group,
erläutert die Vorteile elektro-
nischer Personalakten 20
- Speyer:** Dienstvereinbarung
begleitet die Verwaltungs-
modernisierung 22
- Olpe:** Stellenbesetzungsportal
generiert digitale Bewerber-
akten 24

Informationstechnik

- Interview:** Intelligente
Assistenzsysteme sollten
laut Form-Solutions-Gründer
Matthias Eisenblätter bei der
OZG-Umsetzung strategisch
genutzt werden 26
- Studie:** Behörden befassen
sich mit intelligenten Tech-
nologien 28
- Interview:** Frank Dittmar
und Emanuel Graf von der Inno-
vation Alliance stellen digitale
Kontaktmöglichkeiten vor 30
- Antragsmanagement:**
Krummhörn automatisiert
Gästebeitrag 32
- Zeiterfassung:** Arbeitgeber
sollten ein objektives, verläss-
liches und zugängliches System
einrichten 34
- Workforce Management:** Zeit-
fresser lassen sich in Mehrwert
umwandeln 36
- Bauhof:** Olsberg digitalisiert die
Nachweisführung 38
- Branchen-News:** krz,
PDV/comundus regisafe,
mps public solutions/NOLIS ... 39

Praxis

- Dortmund:** Papierbasierte Pro-
zesse einfach digitalisieren 40
- Soest:** XPlanung und Bewährtes
gehen zusammen 42
- Spezial**
- Digitale Ratsarbeit:** Über die
Vor- und Nachteile digitaler
Sitzungen 44
- VG Montabaur:** Ratsbeschluss im
Umlaufverfahren 47
- Penzlin/Pfedelbach:** Sitzungen
effizient managen 48

Rubriken:

- Editorial 3
- News 6
- IT-Guide 50
- Vorschau, Impressum 58



Veränderung schaffen

Zukunft beginnt beim Personal. Entsprechend weitreichend sind die Herausforderungen in diesem Bereich: Recruiting und Verwaltung müssen zeitgemäß sein, auch darf sich kein Mitarbeiter zurückgelassen fühlen. Gleichzeitig entsteht die Basis für gelungene Digitalisierungsvorhaben.

ab Seite 14

DAS KOMMUNALE CMS

iKISS

Content-Management

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen
und mit integriertem Bürgerserviceportal

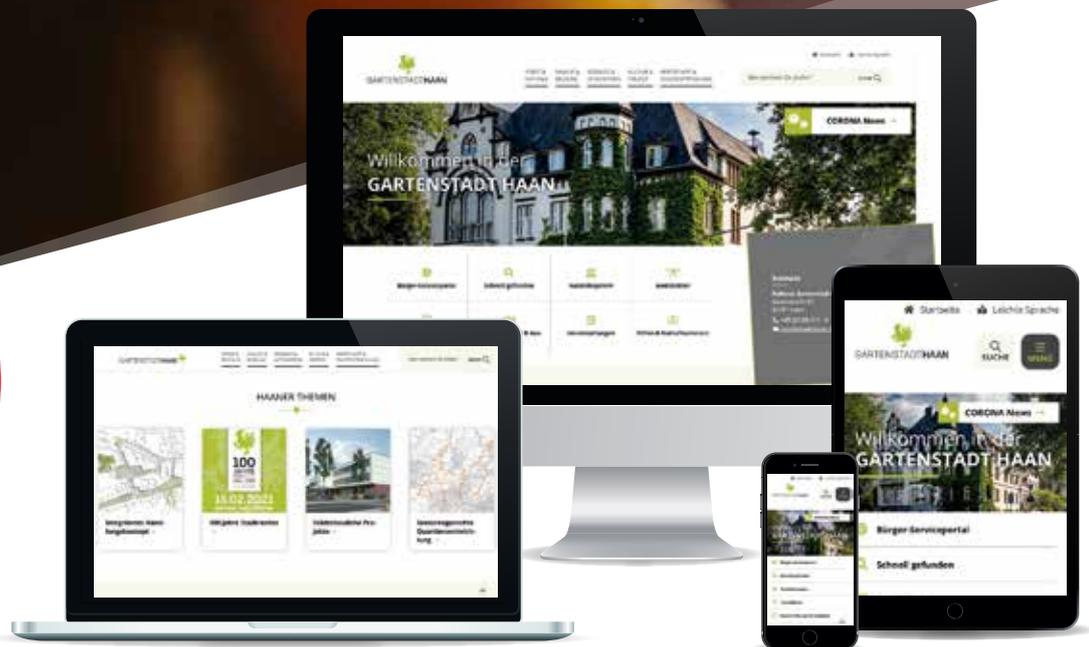
System Responsive Webdesign

BITV-konform, ganz individuell oder mit
flexiblen Layoutvorlagen

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren
kommunalen Internetauftritt

✓ BITV
✓ OZG



advantic.de/k21

iKISS 

Gartenstadt Haan



twitter.com/k21news

Kreis Harburg: Serviceportal bei Stufe drei

Das Serviceportal des Kreises Harburg und der Samtgemeinde Jesteburg ist gewachsen. 60 Online-Services mehrerer Kommunen werden mittlerweile angeboten.

- <https://portal.landkreis-harburg.de>

Kerpen/Merzenich: Piloten im Beteiligungsportal

In NRW soll die Bürgerbeteiligung vereinfacht werden. Nun ist dazu ein neues Beteiligungsportal mit Kerpen und Merzenich in die Pilotphase gestartet.

- <https://beteiligung.nrw.de>

Offenbach: Stabsstelle Digitalisierung

In Offenbach hat eine Stabsstelle für Digitalisierung ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll die digitale Transformation der Stadtverwaltung vorantreiben.

- www.offenbach.de

Neuenkirchen-Vörden: Mobile GIS-Daten

Die Gemeinde Neuenkirchen-Vörden stellt ihren Mitarbeitern jetzt mobile GIS-Daten zur Verfügung. Alle Informationen können direkt vor Ort abgerufen werden.

- www.neuenkirchen-voerden.de

AKDB

TV COVID umgesetzt

Wegen der Corona-Pandemie mussten Mitte April 2020 Schwimmbäder, Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen vorübergehend schließen. Vor diesem Hintergrund trat der Tarifvertrag zur Regelung der Kurzarbeit im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TV COVID) in Kraft. Kurzfristig mussten daraufhin die Anbieter von Lohn- und Gehaltsabrechnungssoftware Tarif- und Rechtsänderungen implementieren. Auch die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) hat die neuen, komplexen Regelungen der Tarifeinigung umgesetzt und durch die Informationstechnische Servicestelle der gesetzlichen Krankenversicherung (ITSG) zertifizieren lassen. In einem gesonderten Tarifvertrag wurde außerdem eine Corona-Sonderzahlung vereinbart. Diese Sonderzahlung wurde in der AKDB-Personalabrechnung im Dezember kurzfristig und fristgerecht zur Auszahlung gebracht.

www.akdb.de

Deutscher Landkreistag

Landkarte für Lösungen

Mit dem so genannten Kommunal.Navigatör ermöglicht jetzt der Deutsche Landkreistag (DLT) einen schnellen Überblick und Zugriff auf das bestehende digitale kommunale Produktportfolio. 172 Vorhaben aus 93 Landkreisen sind momentan dort zu finden und bieten sich gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) und dem Einer-für-alle-Prinzip für die Nachnutzung an. Einige gelistete Projekte weisen allerdings nur den Status eines „beantragten Vorhabens“ auf. Im Navigatör lassen sich die Vorhaben nach Bundesländern und Landkreisen auffinden. Nach Aussage von DLT-Präsident Reinhard Sager müsse „das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden“. Die Initiative liefere „einen sinnvollen Ansatz, voneinander zu lernen“.

www.kommunalnavigator.de

IT-Planungsrat

Beschlüsse gefasst

Zum 34. Mal hat am 17. März 2021 der IT-Planungsrat (IT-PLR) getagt, erstmals unter der Leitung des diesjährigen Vorsitzlandes Hamburg. Schwerpunktthemen der Sitzung waren die Nutzung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket, der länderübergreifende Einsatz von Online-Diensten der Verwaltung und die Registermodernisierung in Deutschland. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket sollen demnach in Vorhaben fließen, die der unmittelbaren OZG-Umsetzung dienen. Gemeint sind damit nicht nur Online-Dienste, sondern auch die Digitalisierungslabore zur Vorbereitung besonders wichtiger

Korrektur

In Kommune21, Ausgabe 3, wurde auf Seite 48 Klaus Weichel als Landrat des Kreises Görlitz genannt. Das ist falsch, Landrat ist Bernd Lange. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Hamburg

Schluss mit Papier

Das Bundeswirtschaftsministerium und die Freie und Hansestadt Hamburg haben ein Verwaltungsabkommen unterzeichnet, das den Weg freimachen soll für die Digitalisierung besonders wirtschaftsnaher Verwaltungsleistungen. Wie die Hamburger Senatskanzlei berichtet, stellt der Bund dem Land hierfür 85 Millionen Euro zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen und Bremen, die dem Abkommen beitreten wollen, sollen 98 Millionen Euro erhalten.

www.hamburg.de

Leistungen. Zur Registermodernisierung soll ein neues Projekt eingerichtet werden und bis zur nächsten Sitzung des IT-PLR erarbeiten, wie die Umsetzung auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und ressortübergreifend sichergestellt werden kann. Mit Blick auf das Einer-für-Alle-Prinzip und den FIT-Store hat der IT-Planungsrat die standardisierten Vertragsbedingungen – Allgemeine Geschäftsbedingungen und Vertragsmuster – für die Nachnutzung von Software as a Service vorgelegt und zur Anwendung verabschiedet. Außerdem wurde die Strategie zur Stärkung der digitalen Souveränität für die IT der deutschen Verwaltung beschlossen.

www.it-planungsrat.de



„Weil mein Team jetzt alle Rechts-
informationen findet, die es braucht.“

eGovPraxis Personal

**Die digitale Expertenlösung für schnelle und
rechtssichere Vorgangsbearbeitung im Personalamt.**

Schnellere Sachbearbeitung, viel weniger Rückfragen: Mit eGovPraxis Personal haben Ihre Mitarbeitenden vollen Zugriff auf praxisorientierte und aktuelle Rechtsinformationen aus dem Beamten- und Tarifrecht, lokale Regelungen und Arbeitshilfen.
Digital. Jederzeit. Von überall.

Kostenfrei und ohne IT-Aufwand testen:

egovpraxis-personal.de

Experimentieren erwünscht

Christian Pegel

Das novellierte E-Government-Gesetz Mecklenburg-Vorpommerns greift die Entwicklungen im Bundes- und EU-Recht auf. Eine Experimentierklausel soll außerdem dazu beitragen, dass Verwaltungen ohne großen bürokratischen Aufwand digitale Lösungen erarbeiten können.

Im Oktober 2020 hat der Landtag in Schwerin der Novelle des E-Government-Gesetzes (EGovG) für Mecklenburg-Vorpommern zugestimmt. Damit wurde das Gesetz aus dem Jahr 2016 an die Entwicklungen im Bundes- und EU-Recht angepasst. Unter anderem greift es die Verpflichtung für Bund, Länder und Kommunen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) auf, wonach sie ihre Verwaltungsleistungen ab dem 1. Januar 2023 auch elektronisch über Verwaltungsportale anbieten müssen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen dann über eine einzige Plattform Online-Anträge bei Behörden stellen können.

Mecklenburg-Vorpommern ist hier auf einem guten Weg. Seit 2019 ist mit dem MV-Serviceportal eine zentrale Plattform online, mit der die Landesregierung der Vorgabe nachkommt, ein Verwaltungsportal bereitzustellen. Bürger und Unternehmen können sich hier über die Verwaltungsleistungen von Bund, Land und Kommunen informieren, Anträge stellen und Rückmeldungen erhalten. Gemeinden, Ämter, Landkreise und andere Behörden, die der Rechtsaufsicht des Landes unterstehen, können sich mit ihren Leistungen freiwillig und für sie kostenfrei anbinden, denn

das E-Government-Gesetz sichert ausdrücklich zu: Die Kosten für das Verwaltungsportal trägt das Land.

Das novellierte EGovG schafft außerdem die Grundlagen für die digitale Identifizierung. Für bestimmte Anträge, etwa das Beantragen eines Führerscheins oder den BAföG-Bezug, ist bislang eine sichere Identifizierung per Unterschrift und Vorlage des Personalausweises erforderlich. Denn diese Verwaltungsdienste können nicht auf Zuruf, sondern erst dann bewilligt werden, wenn es sich beim Antragsteller mit Gewissheit um die angegebene Person handelt. Um diese Gewissheit auch digital herzustellen, werden Personalausweis und Unterschrift durch einen sicheren Identitätsnachweis im Internet ersetzt. Mit dem neuen Gesetz hat Mecklenburg-Vorpommern nun die Rechtsgrundlage dafür geschaffen. Eine Landesverordnung zu den E-Government-Basisdiensten wird noch die Details regeln. Sie befindet sich zurzeit in der Ressortanhörung. Mit ihrem Inkrafttreten stehen dann auch das so genannte interoperable Nutzerkonto und das interoperable Postfach zur Verfügung, sodass sich Nutzerinnen und Nutzer etwa aus anderen Bundesländern beim MV-Serviceportal anmelden und Anträge stellen können.

Mit der Änderung des E-Government-Gesetzes wurde in Mecklenburg-Vorpommern außerdem jene EU-Richtlinie umgesetzt, die öffentliche Auftraggeber dazu verpflichtet, elektronische Rechnungen anzunehmen und weiterzuverarbeiten. Die Rechnung auf Papier kann damit bei Dienstleistungen für und Lieferungen an Behörden entfallen. Stattdessen gehen Rechnungen nach festgelegten elektronischen Standards zwischen Unternehmen und Verwaltung digital auf die Reise. Das erspart allen Seiten Aufwand, Papier und Porto. Nicht zuletzt kann die Zeitspanne zwischen Rechnungseingang und Zahlung verkürzt werden. Details zur E-Rechnung regelt ebenfalls eine Verordnung, die in Kürze in Kraft tritt.

Eine deutliche Zeitersparnis bei der Entwicklung neuer digitaler Lösungen erhofft sich das Land von der Experimentierklausel im novellierten EGovG. Sie soll dazu beitragen, dass Verwaltungen ohne großen bürokratischen Aufwand digitale und vor allem nutzerfreundliche Lösungen ausprobieren können. Denn erst, wenn die Nutzerinnen und Nutzer gut mit digitalen Angeboten zurechtkommen, werden sie diese auch in Anspruch nehmen. Um solche Leistungen zu entwickeln,

braucht es Raum zum Finden und Erproben neuer Ideen. Gemeinsam mit den Nutzern gilt es zu schauen, wo Dinge verbessert und angepasst werden können. Am Reißbrett lässt sich die optimale Lösung oft nicht planen.

Die neue Experimentierklausel soll den Verwaltungen dazu mehr Spielraum geben. Behörden des Landes, der Gemeinden, Ämter, Landkreise und Zweckverbände können ganz unbürokratisch – für einen Zeitraum von höchstens vier Jahren – von landesrechtlichen Standards abweichen. Wenn also eine Behörde eine gute Idee für eine neue digitale Verwaltungsdienstleistung hat, kann sie das zunächst in kleinem Rahmen ausprobieren. Natürlich geht ein Verzicht auf Standards nicht ganz ohne Regeln. Zuvor müssen die fachlich zuständige oberste Landesbehörde und der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnik einbezogen werden. Das geht aber deutlich einfacher, als wenn von vornherein Standards geändert und die Allgemeinheit

insgesamt bedacht werden muss. Die Bezeichnung der Normen, die Gegenstände der Abweichung sowie der Zeitraum der Erprobung werden im Amtsblatt bekannt gemacht, sodass Transparenz über das Vorgehen herrscht. Auf Basis der Erkenntnisse, die sich aus solchen Testballons gewinnen lassen, kann dann entschieden werden, ob eine neue Idee für Verwaltungsdienstleistungen im Internet zur Änderung bestehender Regeln führt und der getestete Einzelfall für alle als Regelbestimmung eingeführt wird.

All diese Schritte sollen dazu beitragen, dass das Angebot auf dem MV-Serviceportal zügig ausgebaut werden kann und dann auch intensiv genutzt wird. Wichtig ist, dass die Behörden im Land das Angebot wahrnehmen. Die Gemeinde-, Amts-, Kreis- und Landesbehörden in Mecklenburg-Vorpommern können sich deshalb kostenfrei ans MV-Serviceportal anbinden und die entwickelten Online-Formulare nutzen, sind aber nicht dazu verpflichtet. Denn einige Kommunen haben die Digitalisierung ihrer

Verwaltungsleistungen bereits eigenständig und sehr erfolgreich in die Hand genommen. So bietet beispielsweise die Landeshauptstadt Schwerin über ihr Portal und ihr Fachverfahren den Online-Antrag für die Baugenehmigung an.

Das Land berät die Kommunalverwaltungen natürlich auch zur Anbindung ans MV-Serviceportal: Die Mitarbeitenden des Büros kooperatives E-Government – eine gemeinsame Arbeitseinheit von Land und Kommunen – suchen Gemeinde-, Amts-, und Kreisverwaltungen auf, um vor Ort zu informieren. Schulungen werden ebenfalls angeboten. Es wurden also schon viele wichtige Schritte unternommen, um die Digitalisierung der Verwaltung voranzubringen. Das neue E-Government-Gesetz ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer nutzerfreundlichen digitalen Verwaltung für ganz Mecklenburg-Vorpommern.

Christian Pegel ist Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Anzeige

Wir modernisieren
unsere Prozesse.
**Um wieder Zeit für das
Wesentliche zu haben**



MACH[®]
Verwaltung macht Zukunft

Gute Personalarbeit trotz Homeoffice?

Am besten digital! MACH Zeitwirtschaft entspricht bereits der Pflicht zur überprüfbaren Arbeitszeiterfassung und verschafft Ihnen maximalen Überblick. Das Modul ist zudem eng verknüpft mit der Personalabrechnung, denn MACH Personal ist die integrierte Komplettlösung für ein digitales Personalwesen in der ÖV. **Zeit zu wechseln!**

Kein Selbstläufer

U. Hochmuth / M. Mangold

Können die Erwartungen, die an die Bereitstellung von öffentlichen Daten geknüpft sind, erfüllt werden? Das hat das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsprojekts untersucht. Das Ergebnis ist ernüchternd.

Seit Ende der 1990er-Jahre verstärkt der Gesetzgeber seine Bemühungen zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. In diesem Rahmen findet gegenwärtig die Umsetzung der bereits mehrfach novellierten PSI-Richtlinie in bundesdeutsches Recht statt. Wichtig erscheint vor diesem Hintergrund eine empirisch gestützte Analyse der bislang erfolgten und sich abzeichnenden Veränderungen.

Open Government Data (OGD) bilden einen mit großen Hoffnungen verknüpften Teilbereich der Verwaltungsdigitalisierung. Um die bisherige OGD-Umsetzung in Kommunalverwaltungen deutscher Großstädte zu untersuchen, hat das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) der Universität Tübingen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ein mehrjähriges Forschungsprojekt durchgeführt. Dabei wurden die Ziele von OGD und die damit verknüpften Hintergrundannahmen sowie eventuelle Folgewirkungen, insbesondere hinsichtlich der Kostenbelastung oder der Mitarbeiterqualifikation, analysiert.

Die empirische Untersuchung führte das IAW-Team von Professor Bernhard Boockmann in zwei eng

verzahnten Teilprojekten durch. Zusammen mit der im Vorlauf zur Studie erfolgten Aufarbeitung der Rechtsentwicklung und der Auswertung der theoretischen Literatur fand im ersten Teil eine Expertenbefragung in Stadtverwaltungen, bei zivilgesellschaftlichen Akteuren und in Ministerien statt. Die damit gewählte Breite der Befragung ergab sich aus der Intention des Gesetzgebers, mit der Bereitstellung von Open Government Data gleichermaßen in der Zivilgesellschaft, der Verwaltung sowie in der Privatwirtschaft positive Effekte zu erzielen.

Anschließend wurde schrittweise ein theoretisches Konzept zur Erklärung der unterschiedlichen Effekte entwickelt, die bei der Implementierung von OGD auftreten. Nach mehrstufiger Analyse und einem Austausch mit externen Wissenschaftlern konnte eine ausreichende Theoriesättigung erreicht werden. Auf dieser Basis wurde im zweiten Teil des Projekts ein Fragebogen für die quantitative Untersuchung erstellt und an 76 Großstädte verschickt.

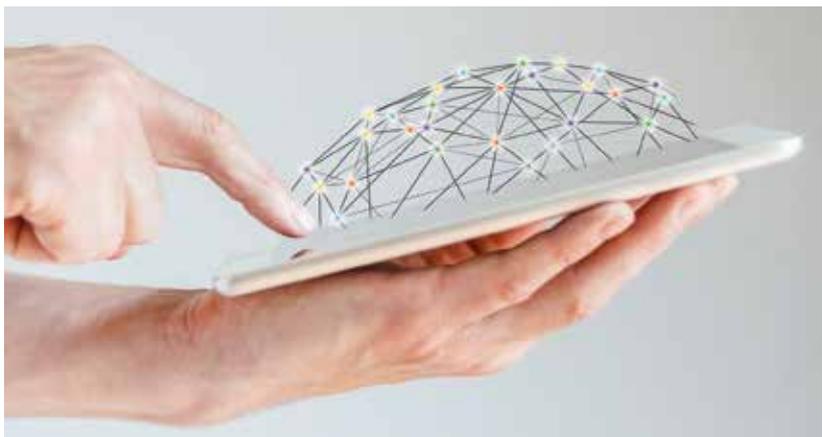
Die Befragungsergebnisse resultierten aus statistischen Auswertungen und Interpretationen, die sich wiederum auf die Aussagen in den Expertenbefragungen stützten.

Parallel zu den empirischen Arbeiten wurden permanent die rechtliche Entwicklung sowie die theoretische Situation beobachtet und in die Untersuchung einbezogen. Durch diese komplexe methodische Vorgehensweise konnten auch zuvor offenkundig eher unreflektierte Annahmen zur Digitalisierung der Verwaltung insgesamt und zu Open Government Data im Besonderen hinterfragt und in wichtigen Teilen durch begründete andere Aussagen ersetzt werden. Auch die Ausgangsfragen der Untersuchung selbst wurden dadurch im Projektverlauf angepasst.

Aus zahlreichen Dokumenten der EU-Kommission, der OECD und der Bundesregierung ergaben sich jeweils drei wesentliche Ziele von Open Government Data. Diese fanden sich in verschiedener Gewichtung auch bei der Begründung von E-Government, der E-Akte oder digitalen Bürgerdiensten wieder: So sollen durch OGD erstens erhebliche positive wirtschaftliche Effekte für die Privatwirtschaft erzielt werden, zweitens verspricht man sich durch eine Bürgerbeteiligung deutliche Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung und hebt drittens das Ziel einer größeren Transparenz und der Deckung zivilgesellschaftlicher Nachfrage nach Verwaltungsdaten hervor.

Reduziert man die erlangten Ergebnisse zunächst auf die vonseiten des Gesetzgebers favorisierten drei Ziele, so ergibt sich ein relativ ernüchterndes Bild. Bereits die Grundannahme, dass Daten per se aufgrund ihrer vermeintlichen Werthaltigkeit mehr oder weniger als Selbstläufer zu neuen Geschäftsmodellen führen („Rohöl der Zukunft“), stellte sich als nicht zutreffend heraus. Auch eine im Zuge der Untersuchung durchgeführte Erweiterung der befragten Expertenrunde um Vertreter aus IT-Gründerzentren bestätigte, dass bis zum Erhebungszeitpunkt keine nachhaltigen Geschäftsmodelle auf OGD-Basis entwickelt worden waren. Als ein wichtiger Grund hierfür wurde angeführt, dass Daten oft als Insellösungen von Kommunen vorliegen – für eine sinnvolle wirtschaftliche Nutzung wären hingegen regional orientierte und vergleichbare Datenbestände erforderlich.

Das Ziel, durch das Einbeziehen von Bürgeraktivitäten eine Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltungen zu erreichen, wird bislang ebenfalls verfehlt. Eine Einlösung der an Open Government Data geknüpften Vorstellung von inhaltlichen Anreicherungen der Daten durch zivilgesellschaftlichen Sachverstand und einer darauf beruhenden Mitwirkung von verwaltungsexternen Akteuren im Sinne einer die Effizienz fördernden Co-production oder Co-creation konnte bis zum Erhebungszeitpunkt jedenfalls nicht festgestellt werden. Die Untersuchung zeigte vielmehr, dass sich diese vonseiten amerikanischer Beratungsfirmen in die politischen Planungsdokumente der EU-Kommission eingebrachten Er-



Mit offenen Daten alleine können die Ziele von OGD nicht erreicht werden.

wartungen im praktischen Verwaltungshandeln ohne nennenswerte Investitionen in Personal und Technik gar nicht verwirklichen lassen. Denn der Abstimmungsaufwand mit externen Beteiligten erfordert den Einsatz der teuren Ressource Arbeitszeit. Auch müssten neue, verbindliche Kommunikationsbeziehungen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft geschaffen werden. Des Weiteren ziehen rechtliche Begrenzungslinien aus guten Gründen den Raum für ein solches Mitwirken an Verwaltungsleistungen ziemlich eng.

Die dritte Erwartung an die OGD-Bereitstellung zielt darauf ab, dass der unmittelbare Zugang zu Daten die politische Willensbildung verbessert, die Beteiligungsbereitschaft steigert und so eine die Demokratie stärkende Integrationskraft entwickelt. Die empirische Untersuchung zeigte jedoch, dass bisher lediglich eine sehr technikaffine Teilgruppe Interesse an den Daten zeigt. Und selbst die Mehrzahl dieser Nutzer benötigte eine gezielte öffentliche Ansprache und inhaltliche Begleitung. Die zur Auswertung der nicht bereinigten und nicht kontextualisierten Daten erforderlichen technischen und

inhaltsbezogenen Kenntnisse sind (noch) kein Allgemeingut im Sinne von Data Literacy. Schließlich kann ohne die Schaffung von entsprechenden Öffentlichkeitsformen nicht von einem unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Zugang zu Informationen und einer reflektierten Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung ausgegangen werden.

Die Untersuchung des IAW zeigte, dass für alle drei Ziele noch erhebliche Vorleistungen erbracht werden müssen. Konkret betrifft das die Bereiche technische Infrastruktur, Qualifikation der Verwaltungsbeschäftigten sowie die Schaffung neuer Kommunikations- und Öffentlichkeitsformen. Dringlich werden diese Aufgaben nicht zuletzt deshalb, weil der Gesetzgeber zeitnah eine deutlich weiterreichende Öffnung der Verwaltung anstrebt.

Dr. Uwe Hochmuth ist Professor am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. der Universität Tübingen. Dr. Michael Mangold ist wissenschaftlicher Berater des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung. Hochmuth und Mangold sind zudem Gesellschafter der Proflog GmbH.

Die Lücke schließen

Der Software-Anbieter HSH will dafür sorgen, dass Online-Dienste direkt an kommunale Fachverfahren angebunden werden können – per OZG-Adapter. Kommune21 spricht mit Geschäftsführer Stephan Hauber über Versäumnisse beim Onlinezugangsgesetz (OZG).

Herr Hauber, Deutschland gehört beim Thema Digitale Verwaltung nicht gerade zu den Spitzenreitern. Woran liegt das aus Sicht eines Software-Anbieters?

Die Situation ist zwar unbefriedigend, aber manchmal sehen wir die Sache düsterer als sie ist. Denn bei der Verwaltungsdigitalisierung wurde schon viel erreicht. Allerdings gibt es Defizite bei digitalen Services für die Bürgerinnen und Bürger. Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass zu wenig darüber nachgedacht wird, wie eine moderne Verwaltung aussehen müsste. Die derzeitigen Verwaltungsstrukturen sind ja 50 Jahre oder noch älter und nicht unbedingt darauf ausgelegt, effizienter gemacht zu werden. Man kann zwar die Prozesse digitalisieren, wenn aber eine saubere Struktur dahinter stünde, wäre vieles einfacher. Ein weiteres Problem sind die rechtlichen Vorschriften. Sowohl im Bereich der Identitäten, als auch beim Datenschutz und der Schriftformerfordernis ist das Recht nicht auf dem Stand, wie wir es als Fachverfahrenshersteller benötigen würden. Dadurch werden wir daran gehindert, gute Online-Lösungen zu bauen.

Das ändert sich nun durch das Onlinezugangsgesetz (OZG), oder?

Das ist zu hoffen, aber schon beim Start der Umsetzung gab es ein Missverständnis. Man hat sich zu sehr auf Online-Services konzentriert und nicht darauf geachtet, was im Backoffice geschieht. Das hat sich erst geändert, als der neue Bundes-CIO Markus Richter sein Amt angetreten hat.

Gemäß OZG sollen bis zum Ende des Jahres 2022 die Verwaltungsleistungen von Bund und Ländern online verfügbar sein. Wie bewerten Sie das Gesetz?

Im Grunde ist es doch so: Für die Digitalisierung braucht es kein Gesetz. Das Grundproblem beim OZG ist, dass keine Leitplanken gesetzt wurden, an denen entlang man Lösungen entwickelt. Stattdessen wurden Lösungen und Leistungen vorgeschrieben. Es muss Servicekonten und Portale geben, das sind Technologien, die bald nicht mehr zum Neuesten gehören. Bei der Bestimmung der OZG-Leistungen ging es nicht darum, welche sinnvoll, häufig oder überhaupt möglich sind. Viele der Leistungen im OZG-Katalog sind für den Bürger eher sekundär. Als Initialzündung war das OZG vielleicht hilfreich, aber das Gesetz wird nicht zu dem führen, was angestrebt war, nämlich eine durchgängige Digitalisierung der Verwaltung.



Stephan Hauber

Werden hier nicht Lösungen entwickelt, die schon existieren?

Das ist leider längst Realität. Jeder halbwegs kompetente Fachverfahrenshersteller hat natürlich Online-Dienste für seine Programme gebaut. Wir kommen unter anderem aus dem Bereich Gewerbeswesen und es gibt etliche Anbieter entsprechender Verfahren. Trotzdem wurde für viel Geld der Auftrag erteilt, diese nochmals zu entwickeln. Viel besser wäre es gewesen, Standards zu setzen, statt alles neu zu machen. Hinzu kommt, dass viele Kommunen verunsichert sind, ob vorhandene Lösungen beschafft werden dürfen, wenn doch bald die Einer-für-Alle-Lösung kommt.

Sind diese Lösungen aus Ihrer Sicht überhaupt tragfähig?

Dazu ein Beispiel aus dem Meldewesen. Wenn etwas in behördlichen Registern geändert wird, dann brauchen wir das höchste Vertrauensniveau. Das kann über Servicekonten nicht erreicht werden, sondern nur über die Online-Funktion des Personalausweises oder alternative Authentifizierungsmethoden. Ich

müssen verschmelzen. Das heißt, die Daten aus dem Online-Angebot sollten automatisiert eingehen und verarbeitet werden können. Als Fachverfahrensanbieter wollen wir deshalb verschiedene Eingänge auch aus Formularen der Einer-für-Alle-Lösungen zulassen. Dazu haben wir den OZG-Adapter als Verbindungs-

Marktteilnehmer darauf zugreifen können.

Mit VOIS bieten Sie eine Entwicklungsplattform an, auf der andere Software-Hersteller Fachverfahren entwickeln können, die dann standardisiert zur Verfügung stehen. Welche Philosophie steckt dahinter?

„Im Grunde ist es doch so: Für die Digitalisierung braucht es kein Gesetz.“

bin überzeugt, dass wir neben dem Ausweis eine staatlich verbürgte digitale Identität brauchen. Darüber denkt aber niemand nach. Ich wundere mich im Übrigen auch, dass es keinerlei Diskussion darüber gibt, wie sicher solche Online-Lösungen sein müssen. Wir bauen seit 20 Jahren Online-Lösungen, das ist aus unserer Sicht das A und O.

Wie ist Ihre Einschätzung, wird der OZG-Zeitplan eingehalten?

Die Frage kann man nur mit Nein beantworten. Es ist noch so viel zu tun, dass es in dem Zeitraum kaum zu schaffen ist. Wenn am Ende 150 hochprofessionelle Lösungen zur Verfügung stehen, wäre das ein Riesenerfolg.

HSH bietet mehrere kommunale Fachverfahren an. Wie kann eine Verbindung zwischen Fachverfahren und Online-Lösung hergestellt werden?

Es ist klar: Die Fachverfahren und die Online-Lösungen im Front End

Link-Tipp

Weitere Informationen über die VOIS-Plattform von HSH:

- www.vois.org

stück zwischen Online-Lösung und Fachverfahren entwickelt.

Wie funktioniert der OZG-Adapter, ist das einfach eine Schnittstelle?

Als Basistechnologie braucht es für jeden Vorgang eine XÖV-nahe Beschreibung, wie die Daten ankommen müssen. Mit dem OZG-Adapter wird es dann möglich, die Daten aus den Online-Lösungen in den Fachverfahren automatisiert zu verarbeiten. Der OZG-Adapter ist aber keine reine Schnittstelle. Ein Beispiel: Ist ein Bürger, der einen Online-Service nutzt, nicht eindeutig identifizierbar, muss man den Kontakt zu ihm aufnehmen können. Es ist also ein Rückkanal nötig, der auch standardisiert sein muss. Das geht über eine Schnittstelle weit hinaus.

Welche OZG-Leistungen können mit dem Adapter angebunden werden?

Neben den Bereichen, die wir mit unseren Lösungen abdecken, kommen Verfahren aus der VOIS-Community hinzu. Wir können also eine große Anzahl von OZG-relevanten Verfahren mit dem Adapter anbinden. Außerdem werden wir den OZG-Adapter im Netz veröffentlichen, sodass auch andere

VOIS ist eine Art Baukastensystem, das sowohl eine softwareseitige als auch organisatorische Plattform bereitstellt, um verschiedene Fachverfahren zu integrieren – vom Einwohnermeldewesen über das Gewerbe- und Erlaubniswesen bis hin zum Führerscheinwesen und mehr. Der Grundgedanke war, dass viele Funktionen in den Fachverfahren gleich sind. Diese muss nicht jeder selbst entwickeln. Ziel ist nicht nur, dass die Benutzeroberflächen der Fachverfahren gleich aussehen und dieselben Methoden verwendet werden, etwa um zu drucken. Die Verfahren sollen auch miteinander kommunizieren können. Damit leisten wir substantielle Vorarbeiten für das Once-Only-Prinzip und die Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes.

Zielen Sie auf die schon vor Jahren diskutierte und erhoffte kommunale Gesamtlösung?

Es geht schon in diese Richtung. Aber ich bin mir nicht sicher, ob es gelingt, alle kommunalen Fachverfahren unter einem Dach zu vereinen. Im Moment würde ich eine Gesamtlösung eher für visionär halten.

Interview: Alexander Schaeff

Die Bremse lösen

Ulf Glöckner / Janina Lux

In der öffentlichen Verwaltung stehen aktuell zahlreiche Digitalisierungsvorhaben auf der Agenda. Vielfach fehlt es dafür aber an Know-how und entsprechenden Experten. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, empfiehlt sich ein mehrgleisiges Vorgehen.

Der öffentlichen Verwaltung in Deutschland fehlen Spezialkompetenzen für die Umsetzung ihrer Digitalisierungsvorhaben. Fast drei Viertel (72 Prozent) der Entscheider bei Bund, Ländern und Kommunen berichten von nicht besetzten IT-Stellen. Das sind Ergebnisse des Branchenkompass Public Sector 2020 von Sopra Steria und dem F.A.Z.-Institut. Um diese Bremse zu lösen, sollte man mehrgleisig fahren und sämtliche Maßnahmen in ein Gesamtkonzept einbetten.



Behörden müssen sich personell massiv verstärken.

Der Mangel an Fachkräften ist für die öffentliche Verwaltung kein neues Phänomen. Allerdings ist mit der gesetzlichen Verankerung von Digitalisierungsvorhaben und damit verbundenen Fristen, beispielsweise im Onlinezugangsgesetz (OZG), der Druck gestiegen, schnell voranzukommen. Und die Digital-Agenda ist lang: E-Akte, Open und Mobile Government sowie Cloud Computing und Automatisierung sollen die öffentliche Verwaltung effizienter machen und Behördengänge für Bürgerinnen und Bürger vereinfachen. Dazu gehören Bausteine wie das Einrichten von Bürgerkonten, Registermodernisierung, digitale Bezahlverfahren, elektronische Unterschriften und die Möglichkeit, sich online zu identifizieren.

Für all diese Projekte und Transformationsvorhaben müssen sich die öffentlichen Verwaltungen personell massiv verstärken. Dabei geht es nicht allein um eine quantitative Aufstockung, sondern vielmehr darum, Experten mit einem speziellen beruflichen Hintergrund zu gewinnen. Für die Einführung und kluge Verwendung notwendiger Technologien wie Robotic Process Automation, künstliche Intelligenz und Blockchain benötigen Bund, Länder und Kommunen unter anderem Data Scientists, IT-Sicherheitsexperten und Machine-Learning-Profis. Und diese sind auch in der Privatwirtschaft begehrt. Jeder dritte Behörden-Manager beklagt fehlendes Spezialwissen und Know-how-Lücken bei seinen

Beschäftigten, so der Branchenkompass von Sopra Steria.

Um für Fachkräfte attraktiver zu sein, setzt die öffentliche Verwaltung auf Anreize. Das Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz, seit dem Jahr 2020 in Kraft, erlaubt beispielsweise Prämien und Zulagen, um neue Digitalfachkräfte gewinnen und das bestehende IT-Personal halten zu können. 61 Prozent der Behörden investieren laut der Studie zudem seit circa zwei Jahren verstärkt in Skill- oder Personalressourcen-Management. Personalinvestitionen gestalten sich in der Praxis allerdings schwierig. Die Haushaltslage ist durch die Corona-Pandemie angespannt. Ein drohender Rückgang der Steuer-

einnahmen trifft den Public Sector mit voller Wucht. Das erhöht den Aufwand für die Personalgewinnung zusätzlich zum ohnehin harten Wettbewerb am Arbeitsmarkt. Investitionen in Recruiting, Projektplanstellen sowie Arbeitgeber-Marketing und Gehaltsanreize müssen noch stärker begründet werden als vor 2020.

Der Ausweg führt über eine Strategie, die mehrgleisig ausgerichtet sein sollte, ohne dabei nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren. Voraussetzung ist, dass Behördenleitung und HR-Abteilung den Know-how-Aufbau für die Digitalisierung nicht nur technisch betrachten: Behörden benötigen Expertise in unterschiedlichen Disziplinen. Gefragt sind Menschen mit Transferdenken, denn es werden künftig viele neue Services dazukommen, die nicht einfach eingekauft und betrieben werden können. Zudem entstehen neue Referate und Abteilungen, in denen geschulte Leute den Produktlebenszyklus digitaler Services betreuen und steuern. Bund, Länder und Kommunen benötigen somit ebensoviel Know-how darin, wie Leistungen aus Sicht der Bürger neu zu denken sind. Diese Philosophie des kundenzentrierten Arbeitens erfordert eine neue Kultur, um Abläufe nach dem Lebenslagenprinzip umzustellen, über Hierarchien hinweg zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten.

Die öffentliche Verwaltung sollte somit nicht nur Ausschau nach Entwicklern, Web-Designern und IT-Architekten halten, sondern auch nach Prozess- und Produkt-Managern mit technischen Fähigkeiten oder zumindest einer ausgeprägten

Affinität, sich diese anzueignen. Beim Rekrutieren sollten Behörden sich von der Idee des Perfect Match wegbewegen und den Kreis der Kandidaten erweitern. Denn die Profile sind häufig zu eng gefasst, sodass etwa Quereinsteiger kaum eine Chance haben. Zudem dauert die Suche nach der Optimalbesetzung zu lange. Die Lücke bei technischer oder fachlicher Qualifikation lässt sich mit dem Hebel der Befähigung schließen. Auch aus finanziellen Gründen ist das ein zentrales Instrument im Kampf gegen den Fachkräftemangel: Die Kosten für die Rekrutierung von zu 100 Prozent passenden Kandidaten sind in der Regel größer als die für das Schließen von Know-how-Lücken bei zu 70 oder 80 Prozent passenden Bewerbern.

Das Befähigen neuer sowie langjähriger Mitarbeiter dauert in vielen Behörden derzeit jedoch länger als gewünscht. Das liegt häufig daran, dass sich die Beschäftigten überfordert fühlen, weil neue Skills nicht richtig vermittelt werden. Schulungen und Weiterbildungen sollten individueller zur persönlichen Situation einzelner Personen passen, auf deren Vorkenntnisse abgestimmt sein und sich an unterschiedliche Alters- und Zielgruppen wenden. Ein dritter wichtiger Punkt ist die Aktivierung der Beschäftigten als Botschafter. Behörden sollten ihr Personal mehr als bislang in Veränderungsprozesse einbinden. Das kann im Kleinen beginnen, beispielsweise beim Arbeitgeber-Marketing. Durch mehr Rückkopplung, wie sich die Arbeit verbessern lässt und welche Skills aus Sicht der Mitarbeiter benötigt werden, steigt die Attraktivität der Behördenarbeit – und im Ergebnis dann auch

die Weiterempfehlungsrates. Personalabteilungen in der Verwaltung erhalten somit eine größere Zahl an Bewerbungen.

Um innovativer sowie attraktiver für junge Arbeitnehmer zu werden, planen 88 Prozent der befragten Behörden laut dem Branchenkompass mehr Beteiligung an digitalen Veränderungsprozessen. Mehr als jede zweite Behörde organisiert die Arbeit künftig in crossfunktionalen Teams und führt agile Methoden ein. IT- und Fachseite sollen besser voneinander lernen, um Projekte zu beschleunigen. 56 Prozent der Befragten können sich zudem vorstellen, Verwaltungsdienstleistungen und Fachverfahren auch von privaten IT-Unternehmen zu beziehen. Behörden könnten digitale Prozesse und Technologien aus einer Hand von außen erhalten und so einen Teil des notwendigen Digitalwissens einkaufen, statt es selbst aufzubauen.

Die geäußerten Pläne sind gute Ansätze, um die Bremsen in der Verwaltungsmodernisierung kurzfristig zu lösen. Mittelfristig werden Bund, Länder und IT allerdings nicht um einen breiten Aufbau interner digitaler Kompetenzen herumkommen. Die größten Erfolge mit Breitenwirkung werden Behörden dann erzielen, wenn sie die skizzierten Maßnahmen in ein Gesamtkonzept gegen Fachkräftemangel einbetten und die einzelnen Bausteine verzahnen.

Ulf Glöckner ist Leiter von Sopra Steria Next Public, der Management-Consulting-Sparte von Sopra Steria. Janina Lux ist bei Sopra Steria Next Public Unit-Leiterin für Change Management und Innovation.

Pragmatisch herangehen

Auch in den Personalämtern der Kommunen ist die Digitalisierung im Gange. Inwiefern die Personalbereiche sogar Treiber der Modernisierung sind, erläutert Marian Möhren, Senior Technology Product Manager bei Wolters Kluwer Deutschland im Geschäftsbereich Public Digital.

Herr Möhren, die Digitalisierung der Verwaltung ist überall im Gange. Inwiefern ist sie auch für die Personalbereiche der Kommunen ein Thema?

Für die Personalbereiche ist die Digitalisierung sogar in zweierlei Hinsicht ein wichtiges Thema. Zum einen sollen interne Prozesse digitalisiert werden, wie in jedem anderen Amts- oder Fachbereich auch. Das betrifft grundsätzliche Vorgänge wie die elektronische Personalaktenführung. Aber auch viele Detailprozesse gilt es zu optimieren, etwa in den Bereichen digitale Zeiterfassung oder digitale Rechtsinformationsrecherche. Es reicht dabei nicht aus, Bestehendes einfach digital abzubilden. Es muss auch hinterfragt werden, wie sich durch Prozessanpassungen mit der Digitalisierung spürbare Verbesserungen erzielen lassen. Darüber hinaus sind gerade die Personalbereiche im Sinne des Personal-Managements originär Verantwortliche und wesentliche Treiber für veränderte Arbeitsweisen der Mitarbeitenden, hin zu digitalerem Denken und Handeln. Der Personalbereich ist

deshalb meist federführend in die Entwicklung und Umsetzung von Digitalstrategien und -maßnahmen eingebunden. Das gilt nicht nur für Kommunen, sondern auch für alle anderen Verwaltungsebenen.

Wo geht es gut voran und wo gibt es noch Schwierigkeiten?

Es funktionieren insbesondere die Themen gut, in denen der Handlungsdruck groß war. Nehmen wir zum Beispiel das E-Recruiting. Da Nachwuchskräfte und Quereinsteiger bei der Jobsuche grundsätzlich digital unterwegs sind, war es unumgänglich, die Recruiting-Prozesse vom Employer Branding über die Stellenausschreibungen bis hin zum eigentlichen Bewerbungsprozess digital zu gestalten. Da sich die Anforderungen der Kommunen in diesem Bereich nicht allzusehr unterscheiden, können auch am Markt bewährte Lösungen eingesetzt werden. Anders sieht es bei der E-Akte aus. Hier sind die Personalbereiche auf Bundes- und Landesebene schon ein Stück weiter als die Kommunen. Dennoch ist die digitale Personalakte fast überall mindestens in der Planung. Da gerade die Kommunen viele Bürgerservices anbieten, stand bei ihnen bislang aber eher die Digitalisierung der nach außen sichtbaren



Marian Möhren

Prozesse oben auf der Agenda, noch vor der internen Verwaltungsdigitalisierung. In unserer Wahrnehmung wandelt sich das gerade, sodass hier in nächster Zeit viel Veränderung zu erwarten ist – zumal sich gerade im Personalbereich E-Akten mit vielen anknüpfenden Prozessen digital sehr gut verbinden lassen.

Haben Sie dafür ein Beispiel?

Im Personalbereich fungiert eine E-Akte wie eine Art Workflow Tool, in dem einzelne Schritte der Bearbeitung einer Angelegenheit dokumentiert werden – vom Erfassen des Sachverhalts bis zum Erstellen und Speichern eines finalen Dokuments, etwa eines Bescheids. Dazwischen liegt der Schritt der Sachverhaltsprüfung. Hierfür müssen unter Umständen diverse

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Unternehmen:

- <https://www.wolterskluwer.de>

Informationsquellen herangezogen werden und es liegt auf der Hand, welchen Vorteil es hat, wenn sich das komplett digital durchführen lässt. Für den Bereich Rechtsinformationen und den dazugehörigen Wissensaustausch haben wir übrigens die neue, digitale Lösung eGovPraxis Personal auf den Markt gebracht, die speziell für Personalbereiche entwickelt wurde. Ich kann

beitsweisen zu ändern dauert seine Zeit. Für immer mehr Menschen ist das digitale Arbeiten zwar kein Problem mehr, weil sie es schon seit ihrer Ausbildungszeit kennen. Im öffentlichen Sektor trifft das aber bei Weitem nicht auf alle zu. Die Personalbereiche müssen also Qualifizierungsangebote machen, digitale Kompetenzen und Arbeitsformen vermitteln und vor allem auch vorle-

digitale Rechtsrecherche als Beispiel, es gibt aber auch genügend andere. Wenn diese Dinge leicht zu bedienen sind, und Mitarbeiter sie erst einmal ausprobiert haben, entsteht schnell Akzeptanz – obwohl eine Aufgabe vielleicht anders bearbeitet werden muss als vorher.

Ist das nicht für viele Personalämter trotzdem eine zu große Aufgabe?

„Nur ein einziger digitalisierter Prozess kann gleich ganz neue Kräfte wecken.“

mir gut vorstellen, dass derartige Informations- und Wissensaustauschprozesse in Zukunft dank entsprechender Verknüpfungen sogar direkt aus der E-Akte heraus möglich werden.

Sie haben am Anfang den digitalen Kulturwandel in der Verwaltung angesprochen und die Personalabteilungen als Treiber genannt. Wie schätzen Sie Bedeutung und Fortschritt ein?

Die Bedeutung ist riesig, denn eine digitalere Arbeitsweise geht automatisch einher mit der Verwaltungsdigitalisierung. Sie funktioniert aber nur dann gut, wenn die Mitarbeitenden sich auch darauf einlassen. Gewohnheiten und Ar-

ben – sowohl als Führungskräfte als auch bei allen anderen Mitarbeitern. Dies läuft in den Verwaltungen sehr unterschiedlich an. Bei einigen sieht man schon viele solcher Aktivitäten, andere hinken noch hinterher.

Wie könnten hier die ersten Schritte aussehen?

Am besten sind solche Dinge zu vermitteln, indem man sie ganz praktisch in kleinem Umfang angeht. Solange man das Ganze im Blick behält, kann man einzelne Prozesse und Aufgaben durch vorhandene, cloudbasierte Digitallösungen einfach und schnell verbessern, ohne ein IT-Projekt aufsetzen zu müssen. Ich nenne hier natürlich wieder die

Ich denke, wenn die Dinge pragmatisch angepackt werden, lässt sich vieles einfacher erreichen, als es zunächst anmutet. Kleine Erfolge, und sei es nur ein einziger digitalisierter, interner Prozess, wecken gleich ganz neue Kräfte und Motivation. So kann man sich schrittweise dem Ziel nähern. Bei Bedarf kann außerdem Unterstützung von außen dazu geholt werden. Weiterbildungs- oder Beratungsangebote speziell für Kommunen, etwa in den Bereichen digitale Zusammenarbeit, Design Thinking oder nutzerzentrierte Entwicklung von Digitalanwendungen, werden hier gut angenommen.

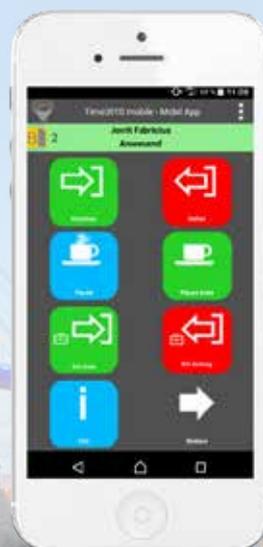
Interview: Verena Barth

Anzeige

Damit Home-Office zum Büro wird!

Ob Zuhause per App, auf dem Betriebshof am Terminal oder im Büro über das Web, für jeden Bereich die passende Buchung mit der Zeiterfassung Time 3010.

www.azs.de | anfrage@azs.de



Jetzt ausprobieren!



A Z S
SYSTEM AG

Eine Software für alles

Maren Warnecke

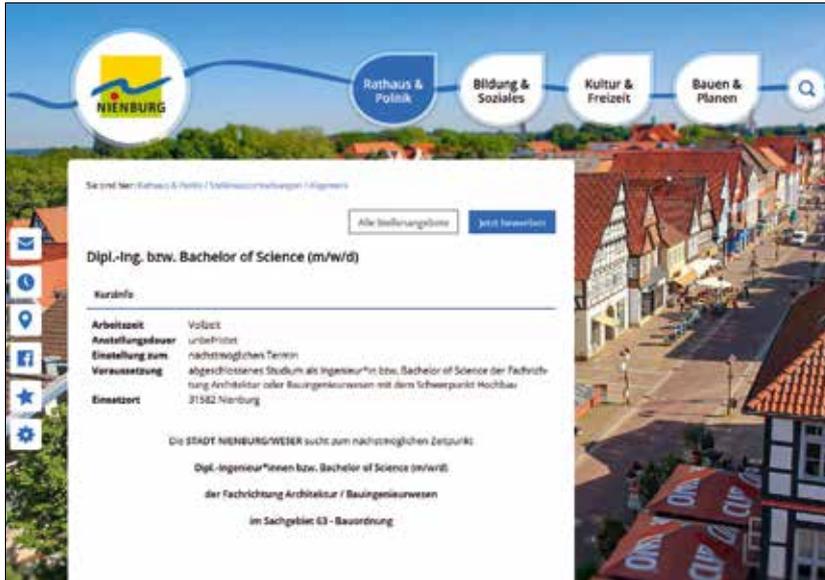
Fachkräfte zu gewinnen, ist ein wichtiges Thema für die Kommunen. Ein vollständig medienbruchfreier Workflow von der Stellenausschreibung über die Bewerbung bis hin zur internen Entscheidung unterstützt sie dabei.

Fortschrittliche Kommunalverwaltungen ermöglichen seit mehr als 15 Jahren die Online-Bewerbung auf Stellenausschreibungen. Was einst skeptisch beäugt wurde, ist heute gefragt: der vollständig medienbruchfreie Workflow von der Stellenausschreibung über die Bewerbung bis hin zu den internen Entscheidungsprozessen. Viele Verwaltungen setzen dazu die Bewerbungsmanagement-Software NOLIS | Recruiting ein.

Neben rechtlichen Aspekten, etwa der Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften, spielen hier die Optimierung der internen Entscheidungsprozesse und die Kostenminimierung eine wichtige Rolle. Dazu kommen derzeit die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie. „Wenn wir das Bewerbungsmanagement nicht schon im Einsatz gehabt hätten, wäre die Einführung spätestens 2020 naheliegend gewesen“, betont Partho Banerjee, Leiter des Fachdienstes Strategische Steuerung und Entwicklung der niedersächsischen Gemeinde Neu Wulmstorf. „Während der Pandemielage konnten Stellenbesetzungsprozesse trotz eines Homeoffice-Anteils von durchschnittlich 70 Prozent unterbrechungsfrei durchgeführt werden.“

Florian Berner, bei der Stadt Burgwedel in Niedersachsen zuständig für Personal- und Organisationsentwicklung, schätzt im Tagesgeschäft außerdem die Zufriedenheit des Personals: „Mit NOLIS zu arbeiten macht Spaß. Von der Stellenausschreibung bis zur Entscheidung kann alles in einem Fachverfahren abgewickelt werden. Zudem lässt sich durch diverse Vorkonfigurationen sehr viel Zeit sparen, insbesondere im Schriftverkehr mit den Bewerbern.“ Yannick Sachau aus dem Kreis Osterholz berichtet: „Die Arbeitseffizienz im Personalervice wird durch den Einsatz von NOLIS | Recruiting um ein Vielfaches gesteigert. Für Bewerber kann der Aufwand ebenso reduziert werden wie für Personaler und sonstige Entscheider. Das Verfahren verspricht Transparenz und ermöglicht eine schnelle, unkomplizierte Kommunikation. Die Software unterstützt darüber hinaus bei der Einhaltung der hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen.“ Dazu gehören neben rein technischen Aspekten, etwa eine verschlüsselte Datenübertragung, vor allem ein umfangreiches Rollen- und Rechte-Management sowie das automatische Sperren und Löschen von Bewerbungen nach Abschluss eines Verfahrens.

Auch Hans-Jürgen Schenk, Verwaltungsleiter der Stadt Karben, sieht wesentliche Vorteile beim Einsatz eines bewährten und auf kommunale Gegebenheiten abgestimmten Software-Verfahrens: „NOLIS | Recruiting verkürzt den Stellenbesetzungsprozess zeitlich enorm, da nun alle am Verfahren Beteiligten, etwa der Fachbereich, die Personalvertretung, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte oder gegebenenfalls die Schwerbehindertenvertretung, gleichzeitig die Bewerbung direkt nach deren Eingang erhalten.“ Ein weiterer wichtiger Punkt ist die nahtlose Einbindung der Stellenausschreibungen in den kommunalen Internet-Auftritt oder ein Karriereportal. Das führt zu einem deutlich besseren Ranking in Suchmaschinen und ermöglicht eine schnelle und intuitive Bewerbung. Zudem kann die Kommune hier, neben den Stellenangeboten weitere Informationen über die Verwaltung als Arbeitgeber, Karrierechancen oder das künftige Wohn- und Lebensumfeld präsentieren – Faktoren, die für die Personalgewinnung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Einbindung durch dynamische Templates unterscheidet das NOLIS-Angebot von vielen anderen Produkten.



Die Stadt Nienburg setzt auf integrierte Stellenanzeigen.

Eine optisch vollständige Integration in die kommunale Website hat NOLIS bereits für zahlreiche Verwaltungen realisiert, unter anderem für die Stadt Nienburg und den Landkreis Leer in Niedersachsen oder die Stadt Bad Lippspringe in Nordrhein-Westfalen. Für ein eigenständiges Karriereportal haben sich unter anderem die niedersächsischen Städte Hildesheim und Langenhagen sowie der Kreis Offenbach in Hessen entschieden.

Neben der Veröffentlichung von Stellenangeboten auf der eigenen Website stehen weitere Publikationskanäle zur Verfügung. Per Schnittstelle werden auf Wunsch der jeweiligen Verwaltung Stellenangebote automatisch an das kostenfreie Stellenportal des Bundes für den öffentlichen Dienst und zur Job-Börse der Bundesagentur für Arbeit übertragen. Auch die Übertragung zur kostenpflichtigen Stellenbörse Interamt ist möglich.

Die Verwaltungen sind vom Nutzen der Software überzeugt. Bei Umfragen im Anwenderkreis werden immer wieder wesentliche Merkmale betont: der schnelle, zeitgleiche Zugriff auf eingegangene Bewerbungen inklusive individueller Rechtezuweisung, die integrierten Auswertungsmöglichkeiten, die zentrale Erstellung von E-Mail-Vorlagen für diverse Anlässe, die fachspezifischen, frei formulierten Fragen an die Bewerbenden sowie nicht zuletzt die Nutzung von Ausschreibungsvorlagen für unterschiedliche Stellentypen. Das macht die Einrichtung einer neuen Stellenausschreibung bequem und schnell möglich und hat Ersparnisse zur Folge, die sich in Zahlen ausdrücken lassen. „Die Gemeinde Neu Wulmstorf hat in einem Zeitraum von fünf Jahren einen Prozesskostengewinn von etwa 40.000 Euro erzielt“, berichtet Partho Banerjea aus Neu Wulmstorf.

Maren Warnecke ist Verantwortliche Produkt-Managerin Recruiting-Software der NOLIS GmbH, Nienburg/Weser.



Fachkräfte begeistern

Warum die Digitalisierung des Personalwesens mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) an Relevanz gewinnt und welches Vorgehen sich dabei empfiehlt, erklärt Andreas Meya, Bereichsleiter Produktmanagement bei der Haufe Group, im Kommune21-Interview.

Herr Meya, die Digitalisierung ist durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) in den Behörden faktisch zum Muss geworden – inwiefern muss nun auch das Personalwesen neu strukturiert werden?

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden, bis Ende des Jahres 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. In diesem Zusammenhang sollten Behörden darüber nachdenken, interne Vorgänge wie die Personalverwaltung ebenfalls zu digitalisieren, auch wenn das nicht unmittelbar im OZG geregelt ist. Denn wie wollen wir das sonst den Beschäftigten vermitteln? Die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen wird jetzt verbindlich, aber die Prozesse für Mitarbeiter sollen hinterherhinken? Wir wollen schließlich die Fachkräfte für die öffentliche Verwaltung begeistern und vorhandene Experten binden. Erforderlich ist dafür eine Infrastruktur, die eine sichere, zuverlässige und effiziente Bereitstellung interner Leistungen ermöglicht. Nicht zuletzt stehen Behörden seit Beginn der Coronakrise unter höherem Druck, digitale Lösungen anzubieten, um neben höherer Effizienz auch Ausfallsicherheit und Ortunabhängigkeit sicherzustellen.

Welche Komponenten beinhaltet das Digital HR?

Bei der Digitalisierung der operativen HR-Arbeit empfiehlt sich ein strukturiertes Vorgehen. Die Kernbereiche von Digital HR sehe ich in der digitalen Personalakte und elektronischer Dokumentengenerierung. Danach folgen die Bereiche HR-Prozessautomatisierung, HR-Task Management und ein digitaler HR Self-Service. Für den Erfolg der Digitalisierung und das OZG sind die Menschen aber mindestens genauso wichtig. Daher braucht es für eine Digital HR auch Ansätze, um die richtigen Mitarbeiter zu finden sowie für das bestehende Personal neue Kompetenzen zu entwickeln und Angebote zur Weiterbildung zu schaffen.

Wie können digitale Prozesse die Effizienz von HR Services verbessern?

Mit der geeigneten Software erhalten Personaler in wenigen Klicks direkt Einsicht in die gewünschte Personalakte und Transparenz über laufende Prozesse. Administrative HR-Prozesse, etwa Anträge für Sonderurlaub oder Zuschüsse werden automatisiert angestoßen und gesteuert, während wiederkehrende Mitarbeiteranfragen mittels HR Self-Service schnell und effizient



Andreas Meya

bearbeitet werden. Personalabteilungen erhöhen so die Effizienz und Geschwindigkeit ihrer Arbeit, machen ihre internen Kunden – die Mitarbeiter – zufriedener und sparen dadurch Zeit und Kosten. Ein nicht zu unterschätzender Effekt ist, dass das alles revisions- und datensicher abläuft. Der Wechsel zur elektronischen Personalakte ist zudem der erste Schritt in Richtung eines papierlosen Büros. Alle Informationen rund um die Mitarbeiter werden zentral verwaltet und können von den berechtigten Personen jederzeit dezentral abgerufen werden. Zeitaufwendiges Ablegen und Suchen in Aktenbergen gehört der Vergangenheit an. Eine intelligente Suche ermöglicht den sofortigen Zugriff auf Personalakten. Ein sicherer und rollenbasierter Zugriff garantiert außerdem die Vorgaben

von Datenschutz und Compliance. Der ortsunabhängige Zugriff liefert die Flexibilität und sorgt jederzeit für Handlungsfähigkeit, auch in Zeiten des Homeoffice. Effizient wird es aber erst, wenn es auch hinter den Kulissen digital weitergeht. Deshalb ist es mit der reinen Dokumentendigitalisierung noch lange nicht getan. Angestrebte Lösung muss vielmehr eine digitale HR-Plattform im Hintergrund sein.

Deutschland 730.000 Mitarbeiter fehlen werden, wie aus einer Studie von McKinsey hervorgeht. Mit einer zielgerichteten Umsetzung von Digital HR kann die Attraktivität des öffentlichen Dienstes enorm gesteigert werden. Für Personalabteilungen, die noch ganz am Anfang stehen, hat sich die Einführung der digitalen Personalakte als Herzstück der HR-Digitalisierung bewährt. Nach Schaffung dieser wichtigen

rechtssicher zu meistern und bieten dabei digitale HR-Lösungen sowie HR-Software, Fachwissen und Weiterbildung aus einer Hand – sinnvoll kombinierbar und jeweils auf die Organisation oder Behörde abgestimmt. Dank unserer jahrzehntelangen Erfahrung, unserem umfassenden Experten-Netzwerk und dem permanenten Austausch mit unseren Kunden verstehen wir ganz genau die rechtlichen,

„Der Wechsel zur elektronischen Personalakte ist der erste Schritt in Richtung eines papierlosen Büros.“

Wie weit sind die Kommunen Ihrer Einschätzung nach bei der Digitalisierung ihrer Personalprozesse?

Einige Kommunen arbeiten schon sehr engagiert an der Digitalisierung ihrer internen HR-Arbeit. Insgesamt aber liegt die Bundesrepublik beim Digital-Index der EU (DESI) gerade noch so im hinteren Mittelfeld – ein Indiz für den aktuell eher niedrigen Digitalisierungsstand. Das ist fatal, wenn man weiß, dass bis zum Jahr 2030 im öffentlichen Sektor in

Grundlage kann man dann den schrittweisen Ausbau angehen, je nach Zielsetzung und Reife der Organisation.

Wie kann Haufe – auch in Kooperation mit dem Personal-Management-Dienstleister PeopleDoc – die öffentlichen Organisationen auf dieser Reise unterstützen?

Wir begleiten Personalabteilungen seit 50 Jahren dabei, ihr tägliches Geschäft effizient und

inhaltlichen und praktischen Rahmenbedingungen der HR-Arbeit im Allgemeinen und des öffentlichen Dienstes im Speziellen. Dieses bringen wir in der Partnerschaft mit der weltweit bewährten HR-Service-Lösung von PeopleDoc und den Haufe Digitallösungen zusammen. So stellen wir öffentlichen Organisationen eine zuverlässige, praxisnahe und sehr gut nutzbare HR-Plattform zur Verfügung.

Interview: Bettina Schömig

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Mitarbeiter mitnehmen

Maike Threin

Die Digitalisierung der Verwaltung bringt Erleichterungen und Flexibilität, aber auch Vorbehalte und neue Angriffspunkte mit sich. Um die Belange der Mitarbeiter hier richtig zu gewichten, hat die Stadtverwaltung Speyer eine neue Dienstvereinbarung aufgesetzt.

Auch in den Stadtverwaltungen schreitet die Digitalisierung immer weiter voran: Während neue Entwicklungen die Märkte erobern, sind Begriffe wie Open Data, Smart City oder E-Government aus dem Verwaltungssprachgebrauch nicht mehr wegzudenken. Im nationalen wie internationalen Vergleich zählen heute außerdem fortschrittliche Verwaltungsleistungen und Arbeitsprozesse zu wichtigen Qualitätskriterien.



Speyer unterzeichnet Abkommen zur Verwaltungsmodernisierung.

Die Digitalisierung ermöglicht es allen Verwaltungsbereichen, an dieser Entwicklung teilzuhaben. Stets zu beachten ist dabei nicht nur der Einsatz moderner Technik. Ebenso müssen flexible Arbeitsmodelle und neue Formen der Zusammenarbeit berücksichtigt werden. Einen hohen Stellenwert hat außerdem, wie sich eine Stadtverwaltung extern als Arbeitgeberin präsentiert. Gefragt sind moderne Arbeitgeber, die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben im Blick behalten und fördern. Die Digitalisierung übernimmt somit auch bei der Personalgewinnung und -entwicklung eine zentrale Rolle.

Da eine umfassende Verwaltungsmodernisierung Unwägbarkeiten, Ängste oder Vorbehalte seitens

der Beschäftigten mit sich bringen kann, ist eine größtmögliche Transparenz und Teilhabe wichtig. Um in diesem Rahmen die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beispielsweise bezüglich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu gewichten, wurde die „Dienstvereinbarung zur Modernisierung und Digitalisierung in der Stadtverwaltung Speyer“ entwickelt. Am 27. August 2020 haben Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler und der Personalratsvorsitzende Werner Ruffing diese unterzeichnet. Die Dienstvereinbarung regelt unter anderem die Beschäftigungssicherung und Qualifizierung der Mitarbeiter, die Rolle der Führungskräfte auf dem Transformationsweg oder den Umgang mit personenbezogenen Daten.

Bereits zu Beginn des Jahres 2020 wurde bei der Stadt Speyer ein eigenes Sachgebiet, „Digitale Verwaltung“ eingerichtet. Seit Mai verantwortet es die Beigeordnete Sandra Selg. Sie bindet die Personalvertretung und die Gleichstellung frühzeitig in Modernisierungs- und Digitalisierungsvorhaben ein, die sich wiederum auf aktuelle Geschehnisse und Trends beziehen. Arbeitsformen, Prozesse und Abläufe verändern sich, sodass Bereiche wie Telearbeit, Teilzeit und mobiles Arbeiten ausgebaut und sublimiert werden müssen.

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, welchen großen Stellenwert

* v.l.: Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler; Personalratsvorsitzender Werner Ruffing

die Schaffung digitaler Alternativen haben kann: Die Entwicklung technischer Voraussetzungen wurde elementar, um effektives Arbeiten von zu Hause aus zu ermöglichen, ohne die Funktionstüchtigkeit der Verwaltung einzuschränken. Insbesondere im zweiten Halbjahr 2020 hat die Stadt Speyer deshalb die Rahmenbedingungen für das Homeoffice erheblich ausgebaut. Die Anzahl der Heimarbeitsplätze wurde innerhalb eines Jahres vervierfacht und somit ein geeignetes Umfeld für die partielle, situationsbedingte Umstellung von Präsenz- auf Heimarbeit geschaffen.

Diese Novellierung birgt eine große Verantwortung, denn der betriebliche Arbeitsschutz als Beitrag zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten muss unbedingt gewahrt bleiben. Es sollte beispielsweise die technisch mögliche, dauerhafte Erreichbarkeit – telefonisch und per E-Mail – zeitlich beschränkt werden. Mit entsprechender Unterstützung lassen sich außerdem Widerstände und Ängste vor dem Unbekannten oder die Skepsis und Unwissenheit in Bezug auf neue Technologien seitens der Mitarbeiter ausräumen. Hier sind vor allem die Führungskräfte gefragt. Sie müssen den Veränderungsprozess auf dem Weg zu einer modernen Stadtverwaltung aktiv mitgestalten und unterstützen. Information, Transparenz und Einbindung sind dafür ebenso unerlässlich wie Kompetenzerweiterung und Innovationsbereitschaft. In Speyer sollen Digitallotsen die leitenden Positionen bei dieser Herausforderung unterstützen. Sie sollen die Verwaltungsmitarbeiter für das Thema Digitales sensibilisieren und motivieren, aber auch Probleme und Nöte analysieren und

weiterleiten. Als Multiplikatoren ist es zudem ihre Aufgabe, über die Aktivitäten der Stadt im Bereich Digitalisierung zu informieren und als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Dass Speyer bereits wichtige Schritte auf dem Weg zur Smart City gegangen ist, zeigen die derzeit verfügbaren Online-Angebote. Die Bürger können beispielsweise Meldebescheinigungen und Geburtsurkunden – ohne Vorsprache im Amt – online beantragen. Des Weiteren sind die An- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen sowie die Reservierung eines Wunschkennzeichens per Mausklick möglich. Auch die Meldung eines Hundes für die Veranlagung zur Hundesteuer können die Bürger von zu Hause oder unterwegs aus abwickeln. In diesem Kontext spielt der Datenschutz eine wesentliche Rolle, zumal er in den vergangenen Jahren deutlich verschärft wurde; Stichwort: Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Die Verwaltungsmitarbeiter müssen also dahingehend sensibilisiert werden, Daten gesetzeskonform zu behandeln. Aus diesem Grund ist in der Dienstvereinbarung näher erläutert, welche Arten von Daten bei der Verwaltung auftreten und wie sie zu händeln sind. Denn Datenpannen wirken sich unmittelbar auf das Image und die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit der Stadt aus und sind nur schwer wieder zu beheben. Auf der anderen Seite sollen aber auch die Mitarbeiter vor Leistungs- und Verhaltenskontrollen, die durch die neuen IT-Möglichkeiten entstehen, geschützt werden.

Nach dieser Maxime will die Stadtverwaltung Speyer die Neuerungen, die im Rahmen der Di-

gitalisierung vollzogen wurden, beibehalten und weiterentwickeln. Die Kompetenzen der Beschäftigten sollen weiterhin aktiv gestärkt und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben optimiert werden. Das wiederum kann die Attraktivität der Stadtverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber steigern. Bei allen Möglichkeiten, die die Modernisierung mit sich bringt und offen hält, müssen aber der demografische Wandel in den einzelnen Abteilungen sowie die Eigenarten verschiedener Prozesse berücksichtigt werden. Sie machen auch in Zukunft einen realen Kontakt erforderlich, um effektives Arbeiten und einen umfassenden Service gegenüber den Bürgern zu gewährleisten. Damit dieser Service mit digitalen Potenzialen bestmöglich komplementiert werden kann, muss die Stadt ihre Dienstvereinbarung stetig ausbauen und optimieren. Nur so kann die Digitalisierung einen wertvollen Beitrag zur Entlastung der Bürger und Beschäftigten der Kommune bei gleichzeitig umfassendem Schutz aller Beteiligten gewährleisten.

Maike Threin ist Sachgebietsleiterin Digitale Verwaltung bei der Stadtverwaltung Speyer.

Profil

● Speyer

Bundesland:

Rheinland-Pfalz

Kreisfreie Stadt

Einwohnerzahl:

50.000

Oberbürgermeisterin:

Stefanie Seiler (SPD)

Web-Präsenz:

www.speyer.de



Weiteres Projekt: Unterstützt von Kaiserslautern suchen die Städte Andernach, Speyer, Wörth am Rhein und Zweibrücken im interkommunalen Netzwerk nach digitalen Lösungen.

Digitale Bewerberakte

Tobias Schulte

Neue Wege beschreitet die Stadt Olpe mit ihrem Stellenbesetzungsportal. Die Plattform ist komplett in das Dokumenten-Management-System der Kommune integriert und sorgt dafür, dass für jede eingereichte Bewerbung automatisch eine digitale Bewerberakte angelegt wird.

Im öffentlichen Sektor hat die Personalfuktuation stark zugenommen. Das ist nicht nur der demografischen Entwicklung geschuldet. Kommunale Mitarbeiter sind heutzutage auch viel flexibler aufgestellt. Oft fehlen den Verwaltungen außerdem eigene Nachwuchskräfte, um ihren Stellenbedarf zu decken. Das wiederum treibt die Zahl der Ausschreibungen nach oben und es finden mehr Mitarbeiter ohne Verwaltungsausbildung Eingang in den Public Sector. Mitarbeiter zu gewinnen, bleibt ohnehin eine zentrale Herausforderung für alle kommunalen Arbeitgeber. Städte und Gemeinden müssen sich deshalb verstärkt über attraktive Angebote Gedanken machen.

Die Attraktivität eines Arbeitgebers wird zunehmend danach beurteilt, ob und in welchem Umfang eine moderne, digitale Arbeitsumgebung angeboten wird. Das fängt bereits bei der Platzierung einer Ausschreibung in Stellenportalen an, da hier der Erstkontakt mit dem Bewerber stattfindet. Systemimmanent sollte diesem bei Durchsicht der Stellenausschreibung angeboten werden, seine Bewerbung samt der benötigten Unterlagen online abzugeben. Die im Zuge der Digitalisierung steigende Intensität von Ausschreibungen hat aber

auch einen größeren zeitlichen Bearbeitungsaufwand in den Personalabteilungen zur Folge: Mehr Bewerberübersichten müssen gepflegt und mehr Vorstellungsgespräche vorbereitet und durchgeführt werden. Vielerorts hat dieses größere Pensum bereits zu Problemen geführt.

Die nordrhein-westfälische Stadt Olpe hat deshalb mit dem Unternehmen comundus regisafe nach Lösungen gesucht. Erster Ansatz war die Integration eines Bewerberportals in das bereits flächendeckend eingesetzte Dokumenten-Management-System (DMS) von regisafe. Entstanden ist die Stellenbesetzung Online, das erste komplett in ein DMS integrierte Bewerberportal, das eine neue Dimension der Verwaltungsarbeit ermöglicht: Die Technik gewährleistet, dass jede über das Portal eingereichte Bewerbung automatisch als Bewerberakte angelegt wird. Damit wird der Bewerber erstmals aktiv in die Geschäftsprozesse einer Verwaltung eingebunden.

Das Bewerberportal besteht aus zwei getrennt agierenden Einheiten und unterstützt alle Arbeitsvorgänge von der Ausschreibung über die Verwaltung eingehender Bewerbungen, die Vorstellungsgespräche und ihre Bewertungen bis hin zu

den Zu- und Absagen sowie die automatische finale Erstellung der Personalakten. Im ersten Schritt kann eine in regisafe erstellte Stellenanzeige mit einem Mausklick online gestellt werden. Je nach Stelle lassen sich beliebig viele, für die spätere Auswertung wichtige Auswahlfelder definieren. Typische Kriterien für Ausbildungsstellen sind beispielsweise die Schulnoten in den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie der Schulabschluss. In der Eingabemaske des Online-Portals können genau diese Kriterien als Pflichtfelder definiert werden. Mit Versand der Bewerbungsunterlagen werden die Kriterien dann automatisch in die im DMS angelegte Bewerberübersicht übernommen. Gleiches gilt für die je nach Stelle erforderlichen Bewerbungsunterlagen, die der Bewerber bequem über das Portal hochladen und digital versenden kann.

Im Backoffice ist anschließend das Stellenbesetzungsverfahren in regisafe zuständig für die Verwaltung und weitere Bearbeitung der eingereichten Bewerbungen. Jede im Portal eingehende Bewerbung wird automatisch als digitale Bewerberakte inklusive der vom Bewerber hochgeladenen Dokumente im DMS angelegt und der richtigen

Stellenbesetzungsakte zugeordnet. Der zuständige Sachbearbeiter wird außerdem per E-Mail informiert, die komplette Bewerberakte wird im Anhang gleich mitgeschickt.

Eine große Arbeitserleichterung bietet die vom Verfahren erstellte Bewerberübersicht. Sie kann nach Ablauf der Bewerbungsfrist über einen aktivierten Link nach Excel transportiert werden. Dort lassen sich zum Beispiel über eine Filterfunktion weitere automatisierte Bewerberselektionen durchführen. Der Workflow in regisafe sorgt anschließend für eine bequeme und reibungslose Weiterbearbeitung der Bewerbung mit allen erforderlichen Schritten – etwa der Einladung zu Vorstellungsgesprächen. Immer erfüllt wird dabei die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Von der neuen Technik profitieren außerdem sämtliche verwaltungsinterne Teilnehmer der Vorstellungsgespräche, da sie beispielsweise per iPad Zugriff auf die automatisiert angelegten Bewerberakten haben.

Von den Bewerbern wird das Olper Stellenbesetzungsportal sehr gut angenommen. Bei ausgeschriebenene Verwaltungsstellen liegt die Quote der Online-Bewerbungen teilweise bei deutlich über 90 Prozent. Bei sonstigen Stellenausschreibungen beträgt sie rund 60 Prozent – beides mit steigender Tendenz. Ein DMS ausschließlich auf die E-Akte zu reduzieren, ist nach den Erfahrungen der Stadt Olpe jedenfalls zu kurz gegriffen. Vielmehr ermöglicht die integrierte Portaltechnik, schwierige Geschäftsprozesse neu zu denken und zu gestalten.

Tobias Schulte ist Hauptamtsleiter der Stadt Olpe.



**JETZT
4 WOCHEN
KOSTENLOS
TESTEN**

**DIE PREMIUM-DATENBANK
FÜR IHRE PERSONALARBEIT**

—
»Der Garant für meinen Erfolg –
Haufe TVöD Office Premium.«

Nur das Beste für Sie

Greifen Sie auf aktuelles und umfangreiches Expertenwissen zu und profitieren Sie von:

- + **Zeitsparenden Arbeitshilfen**
- + **Effizienter Weiterbildung**
- + **Aktuellem Fachwissen**



Testen Sie 4 Wochen
kostenlos:
**www.haufe.de/
tvoed-premium**
Tel. 0800 50 50 445
(kostenlos)

Kommunale Umsetzungsallianz

In vielen Kommunen sind intelligente Formulare Systeme im Einsatz, diese sollten strategisch für die OZG-Umsetzung genutzt werden, fordert Matthias Eisenblätter. Der Gründer und Chef von Form-Solutions regt außerdem eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten an.

Herr Eisenblätter, als Gründer der Firma Form-Solutions gehören Sie zu den E-Government-Pionieren in Deutschland. Wussten Sie vor 20 Jahren schon, dass der Leistungskatalog der öffentlichen Verwaltung knapp 6.000 Leistungen umfasst?

Ehrlich gesagt, nein. Meine Schätzung lag im mittleren dreistelligen Bereich. Und leider lag ich auch mit einigen weiteren Annahmen ziemlich daneben – etwa hinsichtlich der länderspezifischen oder sogar örtlich verschiedenen Anforderungen an Formulare sowie auch hinsichtlich der Intervalle notwendiger Änderungen auf der Basis entsprechender gesetzlicher Regelungen. Alles in allem bin ich heute sehr froh, dass ich mich als motivierter Gründer für meine ersten Kunden damals einfach an die Arbeit gemacht habe.

Inzwischen ist um die informationstechnischen Elemente von Verwaltungsf formularen ja fast eine Wissenschaft entstanden. Was halten Sie vom Konzept des Föderalen Informationsmanagements (FIM) des IT-Planungsrats?

FIM ist der aktuelle Versuch, die bereits in den frühen 2000er Jahren begonnene Standardisierung voranzutreiben. Der Leistungskatalog LeiKa und FIM, aber auch einige

XÖV-Standards, sind sehr wertvolle Vorarbeiten für die notwendige Digitalisierung sämtlicher Prozesse im Bereich der öffentlichen Verwaltung – ohne diese Vorarbeiten wäre auch der OZG-Prozess keinesfalls da, wo er heute ist. Aktuell reift allerdings die Erkenntnis, dass jeder einzelne FIM-Prozess zahlreiche inhaltliche Berührungspunkte und Überschneidungen mit anderen Prozessen und Fachbereichen hat – genau das macht die Spezifikation so schwierig. Auch in den Digitalisierungslaboren standen die semantischen Aspekte oft nicht im Fokus. Diese sind für eine optimale Kundenorientierung und die Umsetzung von Once-Only-Prinzipien jedoch essenziell. Hier sind wir mit unseren intelligenten Assistenten, die in vielen Kommunen im Einsatz sind, deutlich weiter.

Wird die flächendeckende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes Ihrer Meinung nach bis Ende 2022 gelingen?

Das wird entscheidend davon abhängen, wie man den Erfolg der Umsetzung definiert. Einige besonders schicke deutschlandweit genutzte Online-Anwendungen und viele sehr einfache Universal-Prozesse auf Landesebene greifen hier natürlich deutlich zu kurz. Für den Erfolg auf kommunaler Ebene ist zum Beispiel eine optimale Anbin-



Matthias Eisenblätter

dung einer Vielzahl von Fachverfahren entscheidend. Und genau hier braucht es meines Erachtens eine noch deutlich stärkere Einbindung kommunaler Expertise hinsichtlich bereits bestehender Lösungen der kommunalen Rechenzentren.

Sind denn die Kompetenzträger im Bereich E-Formulare und Fachverfahren derzeit nicht überall mit dabei?

Nicht unbedingt. Wir beobachten große Unterschiede. Während man in einigen Bundesländern unser Antragsmanagement als zentrales verbindendes Infrastrukturelement mit wichtiger Bedeutung sieht, erstellen andere Bundesländer OZG-Prozesse nach dem EfA-, also Einer-für-Alle-Prinzip. Das ist prinzipiell auch legitim und schlüssig, dürfte mit Blick auf die flächendeckende Umsetzung in rund 11.000 Kommunen bis

Ende 2022 jedoch kaum ausreichen. Schließlich gilt es, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen. Ganz zu schweigen davon, dass gleichzeitig flächendeckend

idealerweise möglichst viele länderübergreifende plattformbasierte EfA-Lösungen aus dem laufenden OZG-Prozess. Doch wir sollten unbedingt die Potenziale der bereits

Payment-Systemen verbunden. Dieses Potenzial können vor allem die Bundesländer noch systematischer erschließen. Ich denke an eine kommunale Umsetzungsallianz mit den

„Bereits bestehende intelligente Assistenzsysteme sollten strategisch für die OZG-Umsetzung genutzt werden.“

kommunale Fachverfahren eingebunden und die Online-Dienste an individuelle Anforderungen vor Ort angepasst werden müssen.

Wie könnte es besser gelingen?

Aus meiner Sicht sollte man das eine tun, ohne das andere zu lassen. Wir brauchen ohne Zweifel auf Bundes- und Landesebene leistungsfähige und nutzerfreundliche Service-Infrastrukturen und

bestehenden Lösungen im Bereich der intelligenten Assistenzsysteme nicht unterschätzen, sondern diese strategisch für die OZG-Umsetzung nutzen.

Was heißt das konkret?

Es gibt nicht nur wertvolle konzeptionelle Vorarbeiten, diese Lösungen sind häufig bereits nahtlos mit kommunalen Fachverfahren, Dokumenten-Management- oder E-

kommunalen Rechenzentren und den Kompetenzträgern im Bereich der E-Government-Szene. Wir haben allein am Standort Karlsruhe fast 50 Mitarbeiter, die sich seit Jahren mit LeiKa, FIM und Fachverfahren beschäftigen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bundesländern könnte ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine flächendeckende OZG-Umsetzung sein.

Interview: Alexander Schaeff

Anzeige

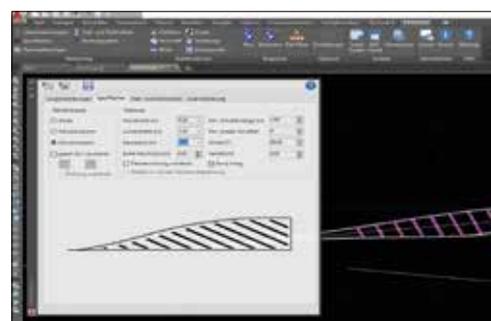
Verkehrswesen

App für Beschilderungs- und Markierungspläne!

Das Systemhaus AKG hat mit INFRASIGN eine leicht bedienbare CAD-Software zur Erzeugung von Sperrflächen, Längs- und Quermarkierungen sowie von Halt- und Parkverboten entwickelt. Anwender können Richtungspfeile aus einer umfangreichen Bibliothek wählen und Symbole für die Markierung z. B. von Busspuren und Radwegen nutzen. Für die Beschilderungsplanung sind sämtliche Verkehrszeichen des StVO-Katalogs verfügbar. Darüber hinaus lassen sich richtlinienkonforme Schilder für die wegweisende Beschilderung individuell erstellen sowie Pläne für die Sicherung von Arbeitsstellen (RSA-Pläne) gene-

rieren. Als Plug-in kann INFRASIGN in die CAD-Plattformen AutoCAD, Civil 3D und BricsCAD integriert werden.

Die Erzeugung von Beschilderungs- und Markierungsplänen liegt immer öfter aufseiten des Auftragnehmers. Diese Aufgabe der Planerstellung wird häufig vom Zeichner übernommen, der sich dazu intensiv mit den Richtlinien für die Markierung von Straßen (RMS) auseinandersetzen muss. Selbst das meistverbreitete AutoCAD birgt in diesem Bereich so manche Hürde. Mit INFRASIGN erhalten Anwender ein Werkzeug,



INFRASIGN auf AutoCAD-Basis: Mit wenigen Mausklicks Sperrflächen generieren.

das die Bearbeitung der Aufgabenstellung deutlich erleichtert und neben der Zeitersparnis auch für eine vereinfachte Abstimmung mit dem Auftraggeber sorgt.

Die jährliche Software-Miete beträgt für eine Einzelplatzlizenz 500 €, für eine Netzlizenz 800 € (zzgl. gesetzl. MwSt.). Weitere Infos sowie Kurzvideos auf www.infrasin.com.

Behörden holen auf

Thomas Heimann

Die Corona-Pandemie hat dafür gesorgt, dass die Anstrengungen rund um die Verwaltungsdigitalisierung intensiviert wurden. Laut der Studie IT-Trends Public von Capgemini setzen sich Behörden nun unter anderem verstärkt mit intelligenten Technologien auseinander.

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland macht bezüglich der Nutzung intelligenter Technologien erste Fortschritte. Häufig können Behörden das Potenzial technologischer Lösungen aber noch nicht voll ausschöpfen. Das ergab die Studie IT-Trends Public 2021 von Capgemini. Im Oktober vergangenen Jahres wurden hierfür insgesamt 94 Funktionsträger aus der öffentlichen Verwaltung in Deutschland, von deren IT-Dienstleistern sowie 72 Führungskräfte aus der Wirtschaft befragt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die öffentliche Hand intelligente Technologien in geringerem Umfang als die Wirtschaft nutzt. Gut elf Prozent der Behörden setzten sich intensiv oder sehr intensiv mit Technologien wie Machine Learning oder Predictive Analytics auseinander; in der Wirtschaft sind es knapp 16 Prozent. Die vergangenen zwölf Monate haben die Behörden aber genutzt, um sich stärker mit dem Thema zu beschäftigen, sodass die Nutzungsquote leicht

stieg. Ihren Erfolg mit intelligenten Technologien schätzen die IT-Verantwortlichen aus der Verwaltung ähnlich wie ihre Kollegen aus der Wirtschaft ein: im Mittelfeld. Präferiert werden einfache Anwendungsfälle wie die Automatisierung manueller Arbeiten. Mithilfe intelligenter Technologien Services zu personalisieren, Vorhersagen zu erstellen oder Empfehlungen zu generieren, schätzen die Fachwender derzeit nicht als besonders hilfreich ein, allerdings werden solche Lösungen bislang auch kaum im Alltag eingesetzt. Wenn in einigen Jahren erste Erfahrungen damit gesammelt wurden, könnte die Bewertung bereits ganz anders ausfallen. „Insbesondere bei intelligenten Technologien ist es sinnvoll, kleine Pilotprojekte zu starten und dann zu entscheiden, ob sich die Skalierung lohnt. Man benötigt in diesem Bereich nicht zwingend schon zu Beginn eine Gesamtstrategie. Deshalb empfehle ich, sich möglichst früh mit der Technologie vertraut zu machen und Erfahrungen zu sammeln“, erklärt Marc Reinhardt, Head of Public Sector & Health bei Capgemini.

mehr Unterstützung, um die ersten Projekte anzugehen: 85 Prozent der Teilnehmenden befürworten den Ausbau nationaler Kompetenzzentren für künstliche Intelligenz (KI), rund 70 Prozent den Ausbau von Förderprogrammen. Verwaltungen, die intelligente Technologien nicht nutzen, nennen als wichtigsten Grund hierfür fehlende Daten. Darüber hinaus mangelt es einigen an Budget oder es existieren rechtliche Hürden.

Bei der Nutzung von Cloud-Lösungen bevorzugt die öffentliche Verwaltung Services europäischer Anbieter. Der Anteil außereuropäischer Provider wird in den kommenden Jahren wohl noch weiter sinken, denn fast drei von vier Antwortenden aus der öffentlichen Verwaltung möchten Kapazitäten nach Europa verlagern. Fast 91 Prozent von ihnen begründen das mit dem Wunsch nach höherer Datensouveränität, knapp 82 Prozent führen den Datenschutz an. 40 Prozent würden gerne Dienste nach Europa verlagern, um GAIA-X-Services zu nutzen, und bekunden damit ein im Vergleich zur Wirtschaft sehr hohes Interesse an diesem Konzept.

Doch offenbar wünschen sich viele Behörden

Wie im Vorjahr ist der Ausbau der Digitalisierung für die meisten Umfrageteilnehmer die wichtigste

Link-Tipp

Die Studie IT-Trends steht hier zum Download bereit:

- https://www.capgemini.com/de-de/news/studie_it-trends-2021

Anforderung an die IT. Die Folgen der Corona-Pandemie haben in den Augen von knapp 98 Prozent der Befragten dazu geführt, dass die Anstrengungen im Bereich Digitalisierung intensiviert wurden. Darüber hinaus forciert die öffentliche Hand die Ausrichtung an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen, die Entwicklung neuer IT-Produkte und Services sowie die Erhöhung von Datensicherheit und Effizienz. „Die Corona-Pandemie hat erneut belegt, dass manche Behörden bei der Digitalisierung noch Nachholbedarf haben. Gleichzeitig hat der Handlungsdruck vieles möglich gemacht, dessen Umsetzung ohne diese Notsituation eventuell noch viele Jahre in Anspruch genommen hätte“, erklärt Marc Reinhardt.

Unterdessen steigt die Komplexität der IT-Landschaften weiter. Hauptverursacher sind gesetzliche Vorgaben und die steigende Zahl an Homeoffice-Arbeitsplätzen. Auch die zunehmenden Anforderungen der Bürger tragen dazu bei. Um trotzdem einen stabilen IT-Betrieb zu gewährleisten, setzen Behörden in erster Linie auf Standardisierung, stocken das Personal auf und ordnen Überstunden an. „Im Vergleich zur Wirtschaft versucht die öffentliche Hand, Probleme eher mit Personal als mit Technologie zu lösen“, kommentiert Reinhardt. „Aufgrund der Demografie müssen Beschäftigte aber fast schon zwingend mit technologischen Lösungen entlastet werden, beispielsweise durch intelligente Automatisierung oder lernende Systeme.“

Thomas Heimann ist Enterprise Architect Director bei Capgemini und Co-Autor der IT-Trends-Studie.

**Digital.
Verbindend.
Menschlich.
Klar.**



Prosoz

prosoz.de

Virtuell in Kontakt

Über digitale Bürgerbüros können Kommunen virtuelle Kontaktmöglichkeiten anbieten. Wie das funktioniert, wie groß der Aufwand ist und welche Services sich überhaupt digitalisieren lassen, erklären Frank Dittmar und Emanuel Graf von der Innovation Alliance.

Herr Dittmar, Herr Graf, die Verwaltungen stehen unter Druck. Welche Maßnahmen müssen Kommunen ergreifen, um sich auch in Zukunft krisensicher und bürgernah aufzustellen?

Frank Dittmar: Kommunen sind in der Bringschuld: Bis Ende 2022 müssen Verwaltungen laut bundesweitem Gesetz bestimmte Leistungen auch online anbieten. Darüber hinaus wird der Wettbewerb der Kommunen untereinander schärfer. Wer sich modern und bürgernah aufstellt, glänzt als innovativer Vorreiter. Das ist gut für das Image. Wenn man überhaupt von einem Nutzen der Corona-Pandemie sprechen kann, dann ist es der, dass das Vertrauen in die Digitalisierung gestiegen ist. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass so viele Mitarbeiter effizient von zu Hause aus arbeiten können? Der Digitalisierungswille ist nun auch in den Verwaltungen angekommen. Viele Schritte bei behördlichen Prozessen lassen sich digital abwickeln. Das entlastet und ermöglicht auch für die Mitarbeiter der Behörde das Homeoffice.

Einige Kommunen betreiben bereits digitale Bürgerbüros. Was ist darunter zu verstehen?

Emanuel Graf: Bürgerämter setzen mit digitalen Bürgerbüros Online-



Emanuel Graf

Plattformen auf, die eine einfache Kontaktaufnahme ermöglichen – auch in Krisenzeiten. In bestimmten Fachbereichen lassen sich Behördengänge dann zusätzlich virtuell erledigen, zum Beispiel mit einer Eins-zu-eins-Videokonferenz. Der virtuelle Bürgerservice geht dabei über eine einfache Videoberatung hinaus: So lassen sich beispielsweise Dokumente über den Bildschirm teilen und gemeinsam bearbeiten. Ganz klar eignen sich Online-Bürgerdienste für beratungsintensive Bereiche wie Bauverfahren, Asylverfahren und Förderungen aber auch die Sucht- oder Schwangerschaftsberatung. Die meisten Ämter, die virtuelle Bürgerdienste anbieten, arbeiten übrigens im Hybridmodell aus Präsenz- und Videotermi- nen, wobei sie flexibel zwischen den beiden Beratungsformen wechseln. So kann ein Berater zum Beispiel



Frank Dittmar

vormittags ein virtuelles Büro betreiben, nachmittags aber Präsenztermine anbieten.

Auch die Innovation Alliance bietet hier Lösungskonzepte. Können Sie einen Einblick in die Praxis geben?

Graf: Als Verbund von Digitalisierungsspezialisten für die öffentliche Verwaltung sowie kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen wir uns intensiv mit pragmatischen Konzepten. Mit Kollaborationslösungen über Video, Chat und Audio lassen sich attraktive digitale Beratungskonzepte aufbauen, ohne dass IT-Experten vor Ort sein müssen. Genau diese Konzepte wenden wir auch bei den virtuellen Bürgerbüros an. Bei unseren Implementierungen dient die Collaboration-Plattform Cisco Webex als technische Basis. Darauf wird das digitale Bürger-

büro nahtlos in die Website, zum Beispiel die des Bürgerbüros, eingebunden. Kunden gelangen von dort zu den virtuellen Büros, bei denen die Öffnungszeiten vermerkt sind. Sie sehen, ob ein virtueller Stuhl frei ist und wie lange sie noch warten müssen. Der ganze Vorgang ist für den Nutzer sehr transparent

Zusammenarbeit genutzt und an die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung angepasst.

Sie sind aktuell mit vielen Verantwortlichen von Städten und Landkreisen im Gespräch. Was sind die größten Druckpunkte in Bezug auf die Digitalisierungsbestrebungen?

„In bestimmten Fachbereichen lassen sich Behördengänge zusätzlich virtuell erledigen.“

und für den Behördenmitarbeiter einfach in der Handhabung. Sobald der Bürger im Büro den Knopf „Betreten“ drückt, wird automatisch eine Video- und Audioverbindung hergestellt und die Bildschirmfreigabefunktion aktiviert.

Was können digitale Bürgerbüros leisten und was nicht?

Dittmar: Digitale Bürgerbüros ermöglichen zusätzliche Kapazitäten bei Behördengängen. Denn unsere Lösung ersetzt bestehende Verfahren nicht, sondern unterstützt diese. Dadurch entlasten die Ämter ihre Mitarbeiter und treten gleichzeitig ihren Kunden gegenüber sehr serviceorientiert auf. Das bedeutet mehr Flexibilität und Transparenz sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürger. Digitalisierungsvorhaben müssen nicht kompliziert in der Umsetzung sein. Wir haben mit den digitalen Bürgerdiensten ein bewährtes Verfahren aus der virtuellen Team-

Graf: Eines der größten Themen ist sicherlich die Bereitschaft der Mitarbeiter, diesen Weg mitzugehen. Am Beispiel unseres Services ‚virtuelles Bürgerbüro‘ sehen wir aber, dass die Akzeptanz für solche Lösungen deutlich steigt. Denn für die Mitarbeiter wurde damit die attraktive Möglichkeit geschaffen, ihr virtuelles Büro auch vom Homeoffice aus zu öffnen. Das kommt gut an. Ein weiterer Aspekt ist das Thema Datenschutz und Datensicherheit. Das virtuelle Bürgerbüro ist dank Cisco Webex und Hosting in einem deutschen Rechenzentrum DSGVO-konform. Wir können unsere Kunden auch weiterführend individuell unterstützen, zum Beispiel zu Themen wie Security und Homeoffice.

Die Akzeptanz aufseiten der Nutzer ist also gut?

Graf: Die Akzeptanz ist insgesamt gut, ja. Bürgerbüros erweitern meist schnell ihr Online-Angebot. So war es auch beim Landratsamt Regensburg, das zügig vom Pilot in den Regelbetrieb gewechselt ist. Die Lösung ist schnell zu implementieren und einfach in der Anwendung, der Schulungsaufwand verhältnismäßig gering. Bei behördlichen Mitarbeitern trifft

das digitale Bürgerbüro deshalb auf große Zustimmung. Schließlich bringt es ihnen ja auch einen deutlichen Gewinn an Flexibilität und Entlastung. Für den Bürger entstehen zudem keine Kosten, um die virtuelle Sprechstunde zu nutzen. Benötigt wird lediglich ein Laptop oder PC mit Webcam und Mikro-

fon, ein Smartphone oder ein Tablet mit Internet-Verbindung. Übrigens: Sind die virtuellen Wartebereiche überfüllt oder Büros geschlossen, gibt es die Möglichkeit, Online-Termine zu vereinbaren. Über die Details wird per SMS und E-Mail informiert. Zum vereinbarten Zeitpunkt werden die Bürger dann über einen Link direkt mit einem Behördenmitarbeiter verbunden.

Auf welche weiteren digitalen Herausforderungen müssen sich Kommunen in Zukunft einstellen?

Dittmar: Wie die Privatwirtschaft in der Vergangenheit auch, stehen Behörden vor der Herausforderung, ihre Prozesse und Organisationen kundenfreundlicher und zudem effizienter gestalten zu müssen. Digitalisierung ist hierfür der richtige Weg. Bei Ämtern müssen sicherlich IT-Security- und Datenschutzthemen von Anfang an berücksichtigt und konsequent in die Umsetzung integriert werden. Digitale Authentifizierung und Identitätsprüfung werden auf dem Weg zur digitalen Behörde ebenfalls eine nicht unwesentliche Hürde darstellen.

Interview: Birgit Brabeck, freie Journalistin in Köln.

Link-Tipp

Weitere Informationen zur Innovation Alliance unter:

- <https://www.innovation-alliance.de>

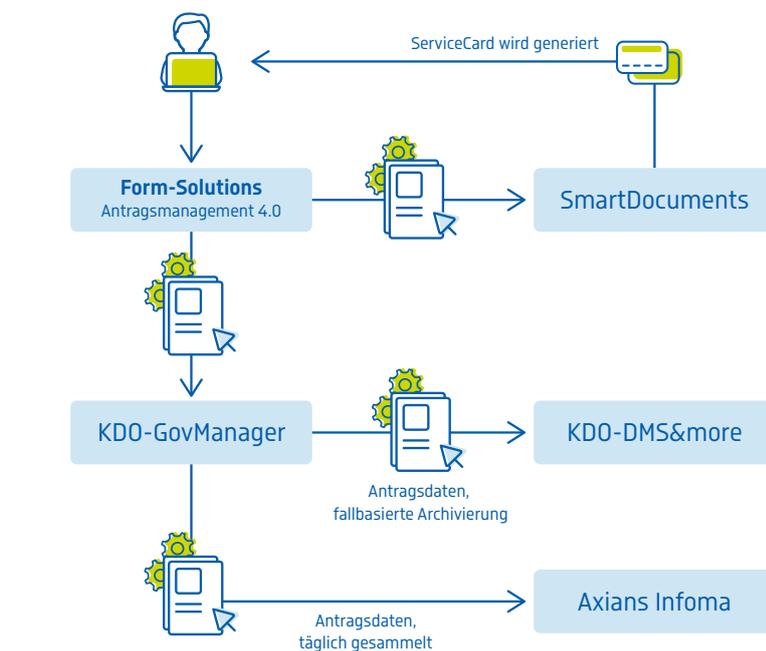
Gemeinsam denken

Tina Thüer

Innerhalb von nur drei Monaten wurde in der Gemeinde Krummhörn eine automatisierte Gästebeitragsanmeldung eingeführt. Realisiert hat das Projekt die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) gemeinsam mit ihren Partnern Form-Solutions und SmartDocuments.

Neben ländlicher Ruhe gibt es in der niedersächsischen Küstengemeinde Krummhörn Attraktionen wie Windmühlen, Kirchen und Warfendörfer zu entdecken. Der Erholungsort zieht damit jährlich eine Vielzahl von Urlaubern an, hinzu kommt der Tagestourismus. Mit dem Wunsch, eine automatisierte Gästebeitragsanmeldung einzuführen, wandte sich die Kommune an die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO). Denn die manuelle Erfassung und Bearbeitung von Gästebeiträgen umfasst viele aufwendige Zwischenschritte. Mit Blick auf die jährlich steigende Touristenanzahl bot sich hier erhebliches Optimierungspotenzial. Um Krummhörn von diesen Prozessen zu entlasten, holte die KDO sich mit ihren Partnerunternehmen Form-Solutions und SmartDocuments kompetente Verstärkung ins Boot. Innerhalb von nur drei Monaten gelang es den Partnern, den Gästebeitrag der ostfriesischen Gemeinde lückenlos zu digitalisieren. Gestartet war das Projekt im September 2020.

„Die Firma Form-Solutions bildet mit ihrem Antragsmanagement 4.0 den Grundstein des Gesamtkonzepts. Der Formular-Server beinhaltet über 1.300 intelligente Ausfüllassistenten sowie 4.000



Zusammenspiel für die automatisierte Gästebeitragsanmeldung in Krummhörn.

rechtssichere PDF-Formulare für die öffentliche Verwaltung – und stellt damit eine echte Alternative zu starren PDF-Dokumenten dar“, erklärt Sven Buick von Form-Solutions. Bei der automatisierten Gästebeitragsanmeldung ermöglicht und vereinfacht der Ausfüllassistent des Antragsmanagements die direkte Dateneingabe in das Formular. Simultan erfolgt die automatische Berechnung der anfallenden Gebühren je nach Zone und Saison.

Als Herausforderung entpuppte sich die Erstellung des Zahlungs-

nachweises. Um eine schnelle und smarte Lösung zu erarbeiten, kooperierte Form-Solutions mit dem Unternehmen SmartDocuments, ebenfalls ein Partner der KDO. Anders als Form-Solutions mit seinem intelligenten Antragsassistenten ist SmartDocuments auf die vorlagen-gesteuerte Dokumentenerstellung und -automatisierung spezialisiert. „Die Erstellung persönlicher Dokumente anhand von Standardvorlagen geschieht damit ganz einfach über ein Dialogfenster – nach einem simplen Frage-Antwort-Prinzip“, führt Oliver Snay, Produkt-Manager Verwaltungsdigitalisierung bei

der KDO, aus. „Wir konnten die Vorzüge beider Systeme verbinden. Ergebnis ist eine eigens entwickelte Schnittstelle, welche die Antragsdaten im laufenden Prozess überträgt. Anschließend werden die entsprechenden Nachweise generiert und an den Antragsteller zurückgeliefert.“ Die Gästebetragskarten können so direkt nach der Antragstellung auf die entsprechende Papiervorlage gedruckt und an die Gäste ausgehändigt werden. „SmartDocuments ermöglicht die Erstellung eigener Vorlagen und beinhaltet viele Anpassungsmöglichkeiten in puncto Design. So können beispielsweise individuell gestaltete Anmeldungen oder Reservierungen für Veranstaltungen oder Rechnungen direkt aus dem Antrag generiert werden“, so Snay.

Auch hinter den Kulissen sorgt die KDO für ein reibungsloses Zusammenspiel zwischen dem vorgelegten Online-Prozess des Gästebetrags und den nachgelagerten Fachverfahren, wie beispielsweise dem Dokumenten-Management-System KDO-DMS&more oder dem

Finanzverfahren Infoma newsystem von Anbieter Axians Infoma. „Unser KDO-GovManager schleust die Anträge direkt in die jeweiligen Zielsysteme der Kommune“, erläutert Snay den Vorgang. „Insgesamt bilden wir damit den gesamten Prozess medienbruchfrei ab – ein gutes Beispiel dafür, wie Prozesse zur Dokumenterstellung zukunftsorientiert digitalisiert und automatisiert werden können.“ Krummhörn geht gemeinsam mit der KDO bald noch einen Schritt weiter. „Zurzeit ist die OZG-Plattform KDO-Kommune365 in Vorbereitung. Sobald diese online erreichbar ist, zieht auch der Prozess des Gästebetrags in das neue virtuelle Rathaus der Kommune ein“, berichtet Snay.

Christian Mettner von SmartDocuments betont, dass dem positiven Resultat stimmige Team-Arbeit zugrunde liegt: „Die Durchführung von Projekten mit mehreren Parteien gestaltet sich gelegentlich unorganisiert und kompliziert. Dass es anders laufen kann, hat uns das Projekt bei der Gemeinde Krummhörn in Zusammenarbeit mit Form-

Solutions und der KDO gezeigt. Wir konnten in kürzester Zeit eine gemeinsame Schnittstelle zwischen unseren Systemen realisieren – dank hervorragender Kommunikation, Organisation und Flexibilität aller Beteiligten.“ „Und das trotz der derzeitigen Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Herausforderungen“, ergänzt Jannik Otten, verantwortlicher Projektleiter der KDO. „Der Austausch und Ablauf verliefen stets reibungslos, umso mehr freuen wir uns auf weitere Projekte mit unseren Partnern.“ Das umfangreiche Projekt steht exemplarisch für all die Prozesse und Möglichkeiten, die im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung realisierbar sind. „Wir konnten der Gemeinde Krummhörn eine nachhaltige und spürbare Entlastung in ihren täglichen Arbeitsprozessen verschaffen. Und genau das ist es, was wir mit unseren Projekten erreichen wollen“, erklärt Oliver Snay abschließend.

Tina Thüer ist Teammanagerin Marketing beim Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO).

Anzeige

Gehostete Selbstverwaltung für Kommunen

Wir bieten Ihnen ein Rundum-Sorglos-Paket. Sie können unsere Formularanwendungen ganz einfach in Ihren Webauftritt einbinden. Dabei garantiert Ihnen unser erfahrenes Administratoren-Team hohe Verfügbarkeit und schnelle Performance. Mit der Einrichtung eines eigenen Mandanten ermöglichen wir Ihnen individuelle Formular-Lösungen auf Basis von cit intelliForm-Technik.

Besuchen Sie uns auf: www.dsv-service.de

DSV Service
Vielfalt. Dynamik. Qualität.



Den Überblick behalten

Tanja Bütow

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Arbeitszeiterfassung ist noch nicht in deutsches Recht umgesetzt worden. Kommunale Arbeitgeber sind dennoch gut beraten, sich vorzubereiten. Das Unternehmen MACH bietet dazu bereits eine Software-Lösung an.

In Zeiten von Homeoffice und mobiler Arbeit sind die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit nicht immer klar. Das dienstliche Telefonat mit dem Chef nach Feierabend oder die schnelle E-Mail an eine Kollegin – all dies erleben auch Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung immer häufiger. Nach dem Willen der höchsten Richter der Europäischen Union (EU) gehört dies zur Arbeitszeit und muss genau dokumentiert werden.

Im Mai 2019 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) hierzu ein Urteil mit großer Tragweite für Beschäftigte, Unternehmen und auch den öffentlichen Dienst gefällt: Er entschied, dass EU-Mitglieder die Arbeitgeber – und damit auch den öffentlichen Dienst – verpflichten müssen, ein „objektives, verlässliches und zugängliches System“ zur Messung der geleisteten täglichen Arbeitszeit einzuführen. Denn ohne solche Systeme könnten weder die geleisteten Stunden und ihre zeitliche Verteilung noch die Zahl der Überstunden ermittelt werden. Deshalb sei es für Arbeitnehmer bislang äußerst schwierig oder gar unmöglich, ihre Rechte durchzuset-



Arbeitszeit muss auch im Homeoffice erfasst werden.

zen. Jeder Beschäftigte habe jedoch ein Grundrecht auf Begrenzung der Höchstarbeitszeit sowie auf tägliche und wöchentliche Ruhezeiten, heißt es in dem Urteil. Allerdings legte das Gericht nicht fest, bis wann die Staaten eigene Regelungen erlassen müssen. Deutschland hat seine Gesetze noch nicht an das EuGH-Urteil angepasst.

Bislang gibt es in Deutschland laut Arbeitszeitgesetz lediglich eine Pflicht des Arbeitgebers, die über die werktägliche Arbeitszeit hinausgehende Tätigkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufzuzeichnen. Die eigentliche Arbeitszeit muss – mit Ausnahme bei Beschäftigten, die den Mindestlohn erhalten – nicht dokumentiert werden. Das EuGH-Urteil hat das grundlegend geändert. Es hat eine Pflicht zur systematischen Erfassung der

Arbeits- und Ruhezeiten festgeschrieben, deren Umsetzung allerdings jedes Land für sich selbst regeln kann.

Letztendlich hilft das Urteil des Luxemburger Gerichts den Arbeitgebern, ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren Angestellten nachzukommen. Bislang konnten

in Deutschland die Einhaltung von Pausen- und Höchstarbeitszeiten nicht wirklich nachgeprüft werden. Auch wenn der Bundestag das EuGH-Urteil noch nicht in deutsches Recht umgesetzt hat, tut der öffentliche Dienst gut daran, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen. Denn ein Urteil des Emdener Arbeitsgerichts aus dem vergangenen Jahr zeigt, dass die Vorgaben des EuGH heute schon bei Urteilen berücksichtigt werden: Das Gericht entschied gegen einen Arbeitgeber.

Das Unternehmen MACH hat bei der Entwicklung seiner Software für die Zeiterfassung das EuGH-Urteil von Anfang an berücksichtigt. MACH setzt auf die positive Zeitwirtschaft, also die Erfassung aller Arbeits- und Ruhezeiten und nicht nur die der Überstunden, Urlaube

und Fehlzeiten. Die Lösung bietet dabei deutlich mehr als die reine Zeiterfassung: zuschlagpflichtige Zeiten werden etwa, je nach Tarifvertrag oder anderen Vereinbarungen, automatisch erkannt. Die MACH-Zeitwirtschaft ist daher eng mit der Personalabrechnung verknüpft.

Als Software-Anbieter ist MACH in der Lage, die klassische Zeiterfassung über ein Hardware Terminal und Chipkarte problemlos zu integrieren. Bei der Arbeit im Homeoffice oder in einer Außenstelle wird die Arbeitszeit mittels eines Selfservice-Portals erfasst. Das hochkomplexe Thema der vielen unterschiedlichen Arbeitszeitmodelle in den Verwaltungen soll dabei entschärft und auf das Wesentliche reduziert werden. Schließlich ist die Arbeitszeiterfassung ein adäquates Instrument, um flexibles Arbeiten zu unterstützen. Die MACH-Lösung zur Zeiterfassung ist für jede Verwaltungsgröße grundsätzlich gleich, ob für das Rathaus einer Kleinstadt oder eine Bundesbehörde mit Tausenden Mitarbeitenden. Die Skalierbarkeit ist immer gegeben.

Interessant bleibt die Frage, inwiefern die Erfahrungen der Corona-Krise das Arbeiten in der öffentlichen Verwaltung langfristig verändern werden. Dass flexible Arbeitszeiten und das Arbeiten im Homeoffice sinnvoll miteinander vereinbar sind, hat sich jetzt gezeigt. Schon vor der Pandemie konnte die Verwaltung viele unterschiedliche Arbeitszeitmodelle – die Einstiegshürden für die so genannte Telearbeit waren aber zum Teil sehr hoch. Die Pandemie hat dies grundlegend geändert. In vielen

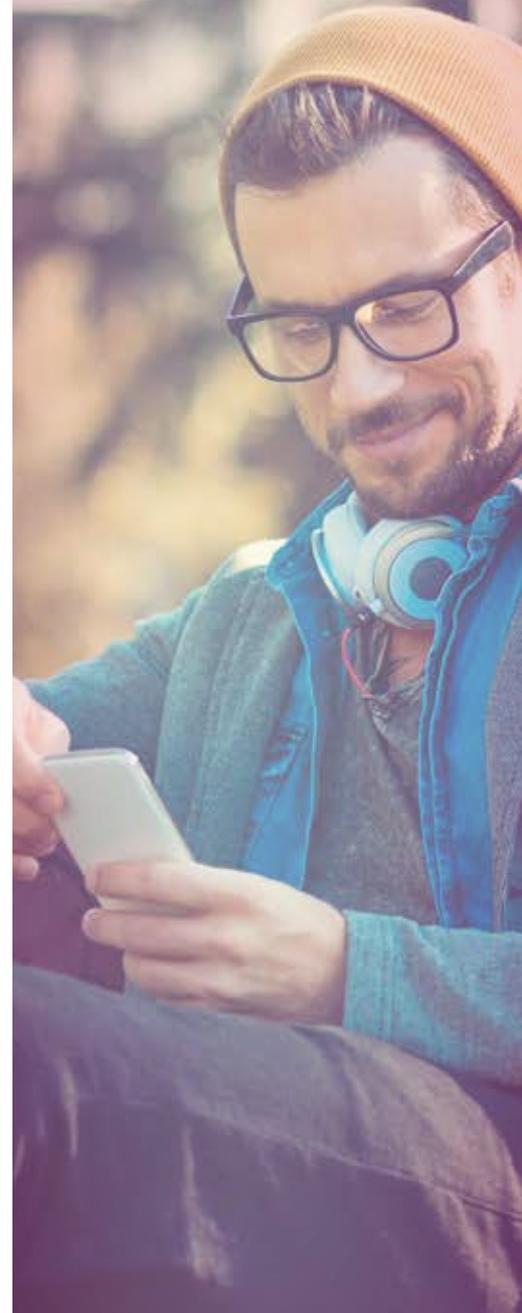
Kommunen wurden inzwischen die Voraussetzungen für die Arbeit im Homeoffice geschaffen.

In einigen Bereichen wurde den Verwaltungsmitarbeitenden früher eventuell nicht genug Vertrauen in das selbstständige Arbeiten von zu Hause aus geschenkt. Nach den vergangenen Monaten haben beide Seiten hierzu eine steile Lernkurve hinter sich. Es besteht Hoffnung, dass auch künftig die Eigenverantwortung immer mehr in den Fokus rückt. Denn das EuGH-Urteil schließt Vertrauensarbeitszeit keineswegs aus: Statt starrer Dienstzeiten könnten künftig beispielsweise Arbeitszeitkorridore vereinbart werden. Die genaue Arbeitszeit kann damit jeder überprüfbar selbst festlegen.

Eine moderne Zeiterfassung hilft zum einen den Mitarbeitenden, den Überblick über ihre Arbeitszeit zu behalten und insbesondere im Homeoffice nicht die Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit verschwimmen zu lassen. Zum anderen hilft es den Arbeitgebern, ihre Fürsorgepflicht überprüfbar wahrzunehmen. Auch wenn die Corona-Pandemie aufgrund der Impfungen hoffentlich bald eingedämmt werden kann – der Wunsch nach flexibler Arbeit wird bestehen bleiben. Es ist eine gute Chance für die öffentliche Verwaltung, dank moderner Zeiterfassung flexible Arbeitsformen zu ermöglichen und die vielfach geforderte bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. So wird die öffentliche Verwaltung ein noch attraktiverer Arbeitgeber.

Tanja Bütow ist Produkt-Managerin für HR-Software bei der MACH AG, Lübeck.

ZEITERFASSUNG DIGITAL AUF IHRE BEDÜRFNISSE ABGESTIMMT



**JETZT VIDEO
ANSCHAUEN**



Mehrwert statt Zeitfresser

Klaus Wössner

Eine moderne Zeitwirtschaft geht weit über das reine Erfassen von Arbeitszeiten hinaus und bietet Unternehmen und Behörden einige Mehrwerte. Entsprechende Lösungen rund um das digitale Workforce Management hat das Unternehmen ISGUS.

In Deutschland gibt es aktuell noch kein Gesetz, das die lückenlose Aufzeichnung von Arbeitszeiten vorschreibt. Allerdings wird seitens des Bundesarbeitsministeriums bereits an einem passenden Gesetzentwurf gearbeitet. Es ist zwar noch nicht abzusehen, wann dieses Gesetz dann in Kraft tritt, gemäß einem Urteil des Arbeitsgerichts Emden vom 20. Februar 2020 (Rechtssache 2 CA 94/19) existiert jedoch schon jetzt die Pflicht, in deutschen Unternehmen ein Arbeitszeiterfassungssystem einzuführen. Momentan findet die Erfassung in vielen Fällen mittels handgeschriebener Zettel oder einer Excel-Tabelle statt. Ergebnis ist oft eine unproduktive Zettelwirtschaft statt einer leistungsfähigen Zeitwirtschaft. Moderne, digitale Zeiterfassungssysteme können aus dem „Zeitfresser“ hingegen einen echten Mehrwert für Unternehmen und Behörden machen.

Die ISGUS Unternehmensgruppe ist weltweit einer der führenden Anbieter für digitale Workforce-Management-Systeme. Die Soft-



Arbeitszeiten bequem mobil erfassen.

und Hardware-Komponenten des Anbieters ergänzen sich zu einem umfassenden modularen System, mit dem alle Vorgänge der Personalplanung, Zeitwirtschaft und Betriebsdatenerfassung bis hin zur Unternehmenssicherheit und des Besucher-Managements digital abgebildet und automatisiert werden können. So bietet etwa die Software ZEUS Zeiterfassung von ISGUS verschiedene Lösungsansätze für die verursachergerechte Verteilung von Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst. Die Kostenstelle, der Kostenträger, das Projekt oder die Tätigkeit, auf welche die Arbeitszeit gebucht werden soll, kann entweder

über das ISGUS-Terminal oder mobil mit der ISGUS App ZEUS X mobile ausgewählt werden. Alternativ lassen sich Arbeitszeiten automatisch prozentual auf unterschiedliche Kostenstellen verteilen. Die dritte Variante schließlich erlaubt die manuelle Verteilung der durch das System vorgeschlagenen Arbeitszeiten. In der behördlichen Praxis ergänzen sich die drei genannten Optionen häufig. Somit erhält das Rechnungswesen im öffentlichen Dienst mit minimalem Aufwand jederzeit aktuelle und verlässliche Daten. Die im Rahmen der Leistungserfassung ermittelten Informationen stehen in der Folge für Auswertungen und zur Weiterverarbeitung in den Bereichen Rechnungswesen und Controlling zur Verfügung.

Eine moderne Arbeitsweise ist geprägt von hoher Flexibilität,

Link-Tipp

Seine Lösungen stellt das Unternehmen ISGUS in einer digitalen Veranstaltungsreihe vor. Anmeldungen sind möglich unter:

- <https://www.isgus.de/unternehmen/veranstaltungen/isgus-impuls>

ortsunabhängigem Arbeiten und Team-Arbeit – häufig über Ländergrenzen hinweg. Entsprechend flexibel müssen Zeiterfassungssysteme heutzutage gestaltet sein. Individuelle Arbeitszeiten von unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen müssen konform zu tariflichen und gesetzlichen Regelungen und unter Berücksichtigung der unternehmensinternen Betriebs- und Dienstvereinbarungen erfasst werden. Die fortschreitende Digitalisierung ermöglicht eine neue Form der Zeiterfassung, die sowohl den Ansprüchen der Gesetzgebung entspricht, als auch den Forderungen der Arbeitgeber hinsichtlich Kostenreduktion, Effizienz und Flexibilität. Dabei geht eine moderne digitale Zeiterfassung weit über eine automatisierte Übernahme von Arbeitszeiten hinaus und schließt die gesamten Personalprozesse rund um die Arbeitszeit ein.

Neben seiner Lösung ZEUS Zeiterfassung bietet das Unternehmen ISGUS mit ZEUS Zutrittskontrolle auch Sicherheitskonzepte für Gebäude, Besucher und Mitarbeiter

an. Das Thema Sicherheit stellt in jeder Kommune und Behörde eine kontinuierliche Herausforderung dar. Mitarbeiter, Lieferanten und Besucher benötigen Zutritt zum Gelände und den Gebäuden. Die zentrale Frage dabei lautet: Welche Person darf zu welchem Zeitpunkt wohin? Eine Lösung für die Zutrittskontrolle muss daher unterschiedliche Standorte, Fluktuationen in der Belegschaft und unterschiedliche Sicherheitszonen abdecken, passgenau auf den jeweiligen Standort und die dortigen Anforderungen abgestimmt sowie unternehmensweit administrierbar sein. Bei der Planung der Zutrittskontrolle sind der individuelle Sicherheitsbedarf, die örtlichen Gegebenheiten und natürlich die gesetzlichen Vorschriften für Brandschutz und Fluchtwege zu berücksichtigen. Eine Kombination aus Ausweis- und Transponder-technologie sowie biometrischer Identifikation, rollenbasierte Zutrittsrechte und die Möglichkeit, das Zutrittskontrollsystem in das unternehmensinterne Workforce Management zu integrieren, erlau-

ben höchste Sicherheit bei gleichzeitiger Wahrung berechtigter Datenschutzinteressen.

Eine weitere Lösung von ISGUS ist das intelligente Besucher-Management VISIT.net. Mit dem System können Besuche und Besuchervoranmeldungen komfortabel erfasst und angelegt werden. Mit dem VISIT.net Self Service können sich Besucher sogar pförtnerlos selbst an- und abmelden. Die Sicherheitsunterweisung für unterschiedliche Besuchergruppen wie Handwerker oder Lieferanten wird mithilfe von Workflows zuverlässig durchgeführt und dokumentiert. Personenbezogene Daten löscht VISIT.net konform zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) automatisch nach frei einstellbaren Zeiträumen.

Die Lösungsmodule von ISGUS sind als On-premise-Lösung sowie als Software as a Service in der ISGUS Cloud verfügbar.

Klaus Wössner ist Vertriebsleiter bei der ISGUS GmbH, Villingen-Schwenningen.

Anzeige



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

In diesem Bild versteckt: 785.000 Akten.

Ganz egal wo Sie arbeiten – mit enaio® haben Sie Ihre Akten jederzeit griffbereit. Erfassen neuer Dokumente und Start digitaler Workflows? Über das Web und Ihre mobilen Endgeräte erhalten Sie Zugriff auf Ihren digitalen Arbeitsplatz. Natürlich sicher dank Verschlüsselung und zentraler Zugriffsrechte. [Digitalisierung. Wir machen das schon.](#)

optimal-systems.de/modern-workspace

Software für Macher.

Kontrolle leicht gemacht

Sonia Welter

Dank digitaler Lösungen kann der Bauhof der Stadt Olsberg einfacher seinen Pflichten im Bereich Verkehrssicherung nachkommen.

Der Bauhof der Stadt Olsberg erbringt zahlreiche Dienstleistungen für die im Hochsauerland gelegene Kommune und ihre rund 15.000 Einwohner, die in zwölf Ortsteilen leben und arbeiten. Mit Einführung des AIDA-Systems von Anbieter AIDA ORGA im Frühjahr 2007 wurden die Anforderungen an eine moderne und zukunftsfähige Personal- und Auftragszeit erfüllt. Ergänzend kamen nach und nach verschiedene Module der Lösung AIDA GEO für das digitale Management von Verkehrssicherungspflichten im öffentlichen Raum hinzu.

Den Anfang machte das Modul Winterdienst zur digitalen Erfassung, Visualisierung und Archivierung von Streu- und Räummaßnahmen. Dafür wurden eigens zwei Fahrzeuge umgebaut. Die dort montierten GPS-Boxen zeichnen seitdem die Fahrtstrecken und den metergenauen Einsatz der angebauten Räum- und Streutechnik digital und gerichtsfest auf. GPS-Daten und Schaltzustände (Räumen/Streuen) werden per Mobilfunk zum AIDA GEO Webserver übermittelt. Nach Aufbereitung, Auswertung und Berechnung der Daten werden pro Fahrzeug die Route, die Fahrtrichtung sowie die geräumten und gestreuten Straßenabschnitte grafisch auf einer digi-

talen Straßenkarte veranschaulicht und als speicherbares Protokoll zur Nachweisführung bereitgestellt.

Seit dem Jahr 2019 nutzt der Bauhof zudem das Modul Straßenkontrolle. Die App dient der Erfassung, Verwaltung, Analyse und Präsentation von Schadensmeldungen an Straßen, Wegen und Plätzen. Die Erfassung erfolgt über Smartphones und Tablets. Die Schadensmeldungen werden auf dem AIDA GEO Webserver verwaltet und auf der Straßenkarte angezeigt. Zur Bearbeitung, Planung sowie Kosten- und Leistungserfassung kann ein Export in die Auftragsverwaltung der AIDA-Bauhoflösung erfolgen.

2020 wurde die Lösung schließlich um die Module Baum- und Spielplatzkontrolle erweitert. Ersteres unterstützt den Bauhof Olsberg beim Aufbau eines digitalen Baumkatasters zur Erfassung, Verwaltung, Analyse und Präsentation komplexer Gehölzbestandsdaten einschließlich der Baumkontrollen mit Dokumentation von Schäden sowie notwendiger Sicherungs- und Pflegemaßnahmen. Die Aufnahme aller Baumdaten, Spezifika und Fotos inklusive der genauen Geolokalisierung erfolgt mithilfe der AIDA GEO App.

Das Modul Spielplatzkontrolle wiederum vereinfacht die Durch-



Bauhof Olsberg: Spielplatzkontrolle per App.

führung entsprechender Kontrollen sowie die Nachverfolgung der Mängelbeseitigung und ermöglicht darüber hinaus die Beweiserstellung für die erforderliche Rechtssicherheit nach DIN EN 1176-7.

Der Bauhof ist mit der Verwaltung der Stadt Olsberg vernetzt. Um die Bandbreite der Übertragungstrecke optimal zu nutzen und die Belastung gering zu halten, wird die Verbindung über einen Terminal-Dienste-Client hergestellt – eine kostengünstige und trotzdem schnelle Lösung. Der Bauhof verfügt somit über eine leistungsfähige Paketlösung, welche die effiziente Arbeit als eigenständiger Wirtschaftsbetrieb deutlich erleichtert.

Sonia Welter ist bei der AIDA ORGA GmbH verantwortlich für Vertrieb und Marketing.

krz

Neue Verbandsspitze

Die Verbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe (krz) hat Anfang März eine neue Verbandsspitze gewählt. Wie der IT-Dienstleister mitteilt, wurde Matthias Kalkreuter, Bürgermeister der Stadt Lage, zum neuen Vorsitzenden und somit auch Vorsitzenden des neu besetzten Verwaltungsrats gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde Frank Haberbosch, Bürgermeister der Stadt Lübbecke ernannt. Neuer Verbandsvorsteher ist Rüdiger Meier, Bürgermeister der Gemeinde Kirchlengern, ihn vertritt Bürgermeister Kai Abrusatz von der Gemeinde Stewede.

www.krz.de

PDV / comundus regisafe

Unter einem Dach

Der Erfurter Software-Hersteller PDV hat das Unternehmen comundus regisafe in seinen Firmenverbund übernommen. Beide Unternehmen können nach eigenen Angaben das ganze Spektrum der öffentlichen Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aus einer Hand anbieten. comundus regisafe bleibe unter eigenem Namen, mit dem bisherigen Lösungsportfolio und unveränderter Führungsmannschaft als eigenständige GmbH bestehen. Für die Kunden ändere sich formal nichts. comundus regisafe stehe mit dem gleichen Team zur Verfügung.

www.regisafe.de

www.pdv.de

mps public solutions / NOLIS

Zusammenarbeit beschlossen

Die Software-Unternehmen mps public solutions und NOLIS wollen künftig eng zusammenarbeiten. Die beiden Geschäftsführer Tino Wagner (mps) und Uwe Warnecke (NOLIS) haben dazu eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Als Grund für die Kooperation nennen die beiden Unternehmen die Fokussierung auf Software-Produkte, auf die man jeweils spezialisiert ist. Den bisherigen Nutzern des Produkts mpsCitywerk empfehle der Hersteller deshalb den Wechsel zum Portalspezialisten NOLIS. Vor allem die bislang von mps betreuten Kunden könnten demnach von der Kooperation profitieren.

www.mps-solutions.de

www.nolis.de

Anzeige



Plattform. Fachverfahren. Kommunalsoftware.

www.vois.org



Prozesse neu denken

Jonathan Dölle

Der Abschied vom Papier stellt viele Kommunen vor Herausforderungen. Die Stadt Dortmund hat ihren Weg gefunden, Prozesse auf SAP-Basis schnell und einfach zu digitalisieren. Das schafft auch die Grundlage für einen innovativen KI-Einsatz.

In den Verwaltungen Deutschlands wächst der Handlungsbedarf zur Digitalisierung. Neben einigen digitalen Vorreitern bestehen in den meisten öffentlichen Organisationen noch viele analoge Prozesse. Nicht nur die Bürger müssen sich mit papierbasierten Lösungen zufriedengeben, auch innerhalb der Verwaltungen werden viele Vorgänge noch mittels klassischer Papierformulare und auf dem (Haus-) Postweg abgewickelt. Mit Blick auf den demografischen Wandel wird das zum Problem. Denn es ist abzusehen, dass perspektivisch auch für die Durchführung gesetzlich notwendiger Vorgänge und Aufgaben immer weniger Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die Stadt Dortmund befasst sich schon seit Längerem mit den Herausforderungen rund um die Digitalisierung. Dabei hat sie begonnen, kontinuierlich Prozesse neu zu denken, um sie dann in digitaler Form gestalten zu können. Während der Corona-Pandemie ist der Druck zur Modernisierung der Prozesse noch gewachsen. In Zeiten hoher Homeoffice-Quoten zeigt sich, dass die Ablösung papierbasierter Prozesse strategisch zentral ist. Von großer Bedeutung ist es, hierfür eine stabile und sichere Plattform zu nutzen, schnelle Fortschritte zu erzielen

und eine leichte Wartbarkeit sicherzustellen. In vielen Bereichen der internen Verwaltung – zum Beispiel für die Finanzbuchhaltung oder die Personalverwaltung – ist in Dortmund bereits die Standard-Software SAP im Einsatz. Die einfache Verknüpfung von Prozessen mit Bearbeitungsaktivitäten in diesen Systemen ist daher eine Kernanforderung für dort eingesetzte Digitalisierungswerkzeuge. Ziel der Stadt Dortmund ist es aber auch, ihre Digitalisierungsvorhaben flexibel und selbstständig vorantreiben zu können. Es musste also ein Mittel gefunden werden, das auf der einen Seite einfach in die bestehende Infrastruktur zu integrieren ist, und das andererseits eine selbstständige Nutzung durch die Stadtverwaltung unterstützt.

Als Digitalisierungsplattform, welche die genannten Anforderungen erfüllt, identifizierte die Stadt die bpc Workflow-App. Sie basiert auf den Technologien von SAP Fiori und wurde vom Beratungshaus best practice consulting entwickelt. Mithilfe der App kann die Stadt Dortmund ihre Prozesse nun einfach in SAP digitalisieren. Sie werden dazu in der Standard-Technologie SAP Business Workflow modelliert und um Customizing, also System-einstellungen für die App, ergänzt.

Auf dieser Basis stellt die App eine automatisch aufgebaute Oberfläche zur Verfügung. Zudem stehen viele weitere hilfreiche Funktionen bereit. Es wird beispielsweise eine Übersichtsliste für die Nachverfolgung von Anträgen angeboten, es gibt Werthilfen und Validierungen auf der Basis von SAP-Daten, Anträge können einfach zwischengespeichert und Anhänge angelegt werden, auch mit Anbindung an ein elektronisches Archiv.

Auf dieser Grundlage wurde gemeinsam mit dem Beratungshaus best practice consulting ein Ansatz für die Prozessdigitalisierung entwickelt. Das Vorgehen stützt sich auf zwei wesentliche Säulen: Einerseits wurden gemeinsam Prozesse betrachtet und katalogisiert, die mit besonders hoher Priorität digitalisiert werden sollten. Die Priorisierung erfolgte anhand unterschiedlicher Kriterien, etwa der strategischen Prozessrelevanz, Häufigkeit in der Prozessdurchführung und bisherigem Digitalisierungsgrad. Ergänzend wurde der Erfahrungsschatz der städtischen Mitarbeiter zur Einordnung genutzt.

Die zweite Säule besteht aus der Anleitung zum selbstständigen Einsatz der Lösung: Gemeinsam wurden Methodik und Wissen er-

arbeitet, um die Stadt Dortmund in die Lage zu versetzen, die Digitalisierung mit der bpc Workflow-App voranzutreiben. Der technische Wissenstransfer war dabei besonders einfach, denn die App selbst erfordert lediglich Kenntnisse über die klassischen SAP-Technologien, welche bei der Stadt Dortmund bereits stark ausgeprägt waren.

Auch in der Projektarbeit kann die Kommune nun effizienter arbeiten: Die Mitarbeiter der Stadt erheben die Informationen in enger Rückkopplung mit den Fachexperten, zum Beispiel in gemeinsamen Workshops oder individuellen Gesprächen. Über die App lassen sich dabei extrem schnell Mock-Ups bereitstellen und erste Prototypen erzeugen, die dann gemeinsam diskutiert und analysiert werden können. Nach weiteren Verfeinerungen gemeinsam mit den Fachexperten sowie einem strukturierten Test wird ein neuer Prozess anschließend zügig live gesetzt und der nächste zur Digitalisierung ausgewählt.

Das Spektrum der neu zu gestaltenden Vorgänge ist groß und betrifft die Anwendungsbereiche sowohl isoliert als auch übergreifend – so beispielsweise das Personal- und das Finanzwesen. Die Handhabung der neuen Plattform ist so einfach, dass man auch solche Vorgänge in die Neugestaltung einbezogen hat, die schon zuvor digital unterstützt wurden. So war etwa die Reisebeantragung und -abrechnung schon vorher auf elektronischem Wege möglich, die Umsetzung ließ aufgrund der bisher verfügbaren Technologien aber trotz hohem Engagement der Entwickler noch Verbesserungspotenzial im Benutzererlebnis offen.



Die Stadt Dortmund löst papierbasierte Prozesse ab.

Der Prozess wurde daher als einer der ersten für die Gestaltung mit den neuen Werkzeugen ausgewählt. Auch die digitale Beantragung eines mobilen Arbeitsplatzes ist einer der innovativen und benutzerfreundlichen Prozesse, die bei der Stadt Dortmund aufgebaut werden. Für die Anwender stellt dies eine echte Entlastung dar.

Weil die Digitalisierung mit hohem Tempo voranschreitet, kann das Augenmerk auf weitere Neuerungen gelegt werden. So scheint das Thema künstliche Intelligenz (KI) in der Prozesssteuerung für viele noch weit weg zu sein – die Stadt Dortmund sieht allerdings gleich zwei Möglichkeiten, um KI zeitnah für eine Verbesserung der Prozesse einzusetzen. Einerseits bietet die bpc Workflow-App selbst die Möglichkeit, Entscheider bei der Bearbeitung ihrer Aufgaben zu unterstützen, indem sie ihnen bei verschiedenen Optionen Bewertungen anzeigt: Eine KI meldet beispielsweise, ob ein Antrag tendenziell angenommen oder abgelehnt werden sollte. Entscheider können dies als Hilfe nutzen, um kritische Situationen einfacher zu erkennen. Andererseits implementiert die Stadt Dortmund auf KI-Basis das

Erkennen doppelter Geschäftspartner im SAP-System. Die Konsolidierung des Datenbestands stellt eine zentrale Vorarbeit für eine spätere Einführung von SAP S/4HANA dar. Potenziell erkannte Dubletten werden Entscheidern über die App vorgelegt. So kann effizient über den Sachverhalt (Dublette ja/nein) und das weitere Vorgehen entschieden werden.

Dank geeigneter Werkzeuge schreitet die Digitalisierung bei der Stadt Dortmund also zügig voran. Auch mit Blick auf künstliche Intelligenz kann sich die Kommune positionieren und so wichtige Schritte gehen, um Kosten zu sparen, Mitarbeiter zu binden und sich weiter modern und digital aufzustellen. „Die bpc Workflow-App ist für uns ein echter Motor für die Digitalisierung“, kommentiert Jörg Zilian, Fachbereichsleiter beim Dortmunder Systemhaus, dem IT Dienstleister der Stadt Dortmund. „Das Projekt hat uns den Einstieg in die Fiori-Welt geebnet und wir freuen uns darauf, unsere Prozesse mit künstlicher Intelligenz weiter zu verbessern.“

Jonathan Dölle ist Team-Leiter öffentlicher Sektor bei der best practice consulting AG.

XPlanung und Vertrautes

Katja Lagast

Die Stadt Soest führt den Austauschstandard XPlanung ein. Die seit Jahren vertraute Darstellung der Planzeichnung soll jedoch weitgehend erhalten bleiben.

Seit dem Jahr 2000 arbeitet die Abteilung Stadtentwicklung und Bauordnung der Stadtverwaltung Soest mit Lösungen von IP SYSCON, Software-Unternehmen für Geografische Informationssysteme. In der Kommune liegen mittlerweile 303 Bebauungspläne, Satzungen sowie der Flächennutzungsplan digital vor, ein Großteil in Form von Rasterdateien mit Umring, aber auch selbst erstellte Vektorpläne. Zudem gibt es eine mit der Software ArcGIS Online erstellte Bebauungsplanübersicht im Internet. Mit Beschluss des IT-Planungsrats aus dem Jahr 2017 wurde die Anwendung des Standards XPlanung im Bereich Planen und Bauen zur Pflicht. Für Soest bedeutet dies eine Umstellung des seit knapp zwei Jahrzehnten bewährten Vorgehens. Die Herausforderung besteht

nun darin, einerseits die Standards zu erfüllen, gleichzeitig aber lieb gewonnene Planzeichen und Darstellungen zu behalten – ein Spagat, den Soest mithilfe von IP SYSCON meistert. Im Rahmen eines Updates auf Version 20 bekam die IP Planer-Suite dazu neue Funktionen. Nutzer können nun beispielsweise auf einen erweiterten Zeichenkatalog zugreifen, in dem sich auch ein Großteil der selbst erstellten Planzeichen unterbringen lässt. Zudem wird bei der Erstellung eines Bauleitplans sowohl Geometrie als auch Plausibilität geprüft. Darüber hinaus ist eine erweiterte Abfrage der Verfahrensdaten über vertraute Eingabemasken möglich.

Wegen des XPlan müssen Daten und Arbeitsweisen an neue Anforderungen angepasst werden. So sind nun zum Beispiel bei allen Geltungsbereichen erweiterte Metadaten vorhanden. Auch müssen Vektorpläne dahingehend geprüft werden, ob die zugewiesenen Planzeichen XPlanungskonform sind und die Geometrien den so genannten Flächenschlusskriterien entsprechen.

IP SYSCON hat bei der Datenumstellung in Soest maßgeblich unterstützt. Im Rahmen einer Schulung wurden beispielhaft Pläne geprüft und angepasst. Gemeinsam wurden Lösungen erarbeitet, um

die seit Jahren vertraute Darstellung der Planzeichnung weitgehend zu erhalten und gleichzeitig der XPlan-konformität zu entsprechen. Fehler wurden während eines Workshops manuell behoben. Bei Fehlermeldungen, die auf systematische Ungereimtheiten hinweisen, werden Lösungen über Software-Anpassungen gesucht. Ein wichtiger Aspekt ist auch die künftige Datenübernahme von Planungsbüros. Laut Handreichung der Leitstelle XPlanung/XBau muss bei der Vergabe von Planungsdienstleistungen mit beauftragten Planungsbüros „ein Zusatz zur verbindlichen Nutzung der Standards enthalten sein“. Die Vorgaben der Stadt wurden entsprechend angepasst.

Insgesamt ist die Umstellung in Soest nicht ohne Aufwand verlaufen und dauert noch an. Die technischen Herausforderungen sind dank der Unterstützung seitens IP SYSCON aber lösbar. Klar zu erkennen sind zudem die Vorteile der neuen Lösung, die sich aus dem Plus an Planzeichen und Verfahrensinformationen ergeben und natürlich auch mit Blick auf den zu erwartenden Austausch hochwertiger Daten mit Dritten.

Katja Lagast ist in der AG Stadtentwicklung, Umwelt und GeoService der Stadt Soest tätig.

Profil

● Soest

Bundesland:
Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk:
Arnsberg
Einwohnerzahl:
49.000
Bürgermeister:
Dr. Eckhard
Ruthemeyer (CDU)
Web-Präsenz:
www.soest.de



Weiteres Projekt: Mit einem 3D-Stadtmodell betritt Soest Neuland bei der digitalen Erfassung des Stadtraums.



VIS-Scan

Intelligentes Scannen.

- Kinderleichte Bedienung
- Intelligente Kopplung zu Ihren
Fachverfahren und Ihrem E-Akte-System
- Konform zur TR-RESISCAN

Jetzt online zum VIS-Scan-Praxistag anmelden –
am 29. April 2021 von 10:00–11:30 Uhr: www.pdv.de

Die Zwischentöne fehlen

Im Zuge der Corona-Pandemie müssen Kommunen auf Online-Lösungen und digitale Prozesse setzen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Erfahrungsberichte aus Wertheim, Kaisersesch, Flensburg und dem Amt Südtondern zeigen Vor- und Nachteile der virtuellen Zusammenarbeit.

Digitale Ratsarbeit ist ein Plus in Krisenzeiten. Das zeigen die praktischen Erfahrungen aus vier Kommunen, die während der Corona-Pandemie auf digitale Prozesse setzen konnten. Dennoch birgt die neue Art der Zusammenarbeit auch Hindernisse. „Ausgerechnet bei unserer ersten digitalen Ratssitzung am 8. Februar 2021 gab es enorme technische Probleme“, berichtet etwa Jürgen Graner, Stabsstellenleiter und Bürgerbeauftragter der Stadtverwaltung **Wertheim**. „Letztendlich haben sich die Ratsmitglieder aber professionell verhalten und Ruhe bewahrt und nach kurzer Unterbrechung ging es auch weiter.“

Die Kommune in Baden-Württemberg hatte bereits im März 2020 übergangsweise digitale Sitzungen eingeführt. Damit zählte sie landesweit zu den Vorreitern. Wurde die digitale Sitzung anfangs nur in Ausnahmefällen genutzt, fanden ab der zweiten Corona-Welle alle vorbereitenden Ausschusssitzungen per Videokonferenz statt. Die darauffolgenden Gemeinderatssitzungen konnten dadurch, unter Einhaltung der AHA-Regeln (Abstand halten, Hygiene beachten und im Alltag Maske tragen), kürzer und effizienter gestaltet werden. Am 8. Februar konnte dann die erste Sitzung

digital stattfinden. Dazu hatte der Gemeinderat der Stadt Wertheim zum Jahresende 2020 die Hauptsatzung entsprechend geändert.

Die Sitzungen werden auch in den Sitzungssaal des Rathauses übertragen, sodass örtliche Medien und Bürger teilnehmen können. Im Einsatz ist die Software GoToMeeting von Anbieter LogMeIn. „Grundsätzlich ist es positiv, dass die baden-württembergische Landesregierung diese Form der Sitzungen durch die Modernisierung der Gemeindeordnung ermöglicht hat“, sagt Graner. „Gerade in der jetzigen Pandemie ist somit die Entscheidungsfähigkeit in der Gemeindepolitik sichergestellt, ohne unnötige Risiken einzugehen.“

Die Stabilität des Internets, Programmstörungen oder Fehler bei der Anwendung würden aber als Restrisiken bestehen bleiben, auch wenn die Sitzungen bisher mit wenigen Ausnahmen gut gelaufen seien. Die Abteilungen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Zentrale Steuerung stehen den Gemeinderäten deshalb über die gesamte Sitzungszeit als



Wertheim: Öffentliche Bauausschusssitzung per Videokonferenz.

Back-up zur Verfügung, um bei der Behebung von Fehlerquellen zu helfen. „Datenschutzbestimmungen bei der öffentlichen Übertragung und die Bedenken, dass bei nicht öffentlichen Sitzungen jemand Unbefugtes mithört und -schaut, geben außerdem Grund zur Sorge“, meint Graner. „Man hat es schlichtweg nicht in der eigenen Hand.“

Auf die Software Zoom als Unterstützung für die digitale Ratsarbeit setzt die Stadt **Flensburg** in Schleswig-Holstein. Auch hier steht das Thema Sicherheit im Fokus. Nach Erfahrungen mit anderen Systemen hatte sich Zoom dort insbesondere in der ersten Lockdown-Phase des Jahres 2020 als eine verlässliche und benutzerfreundliche Lösung mit hoher

Konferenzqualität gezeigt – trotz anfänglicher Bedenken. Denn im Zuge des frühen Einsatzes und den damit in Verbindung stehenden Prüfungen sind in Flensburg nahezu täglich neue Fragestellungen und Kritiken zu Zoom aufgekommen, welche die Stadt regelmäßig aufgegriffen hat. Christian Reimer von der Stabsstelle Pressearbeit der Stadt Flensburg berichtet: „In der Betrachtung über den Zeitverlauf bis heute konnten wir feststellen, dass Zoom sehr schnell auf Anfragen reagiert und entsprechende technische Lösungen bereitgestellt hat. Nach dem derzeitigen Stand ist die Verwaltung zuversichtlich, dass alle bisher diskutierten Sicherheitsfragen zu Zoom aufgelöst werden können.“

Die erste digitale Sitzung über die Videokonferenzlösung hat in Flensburg am 14. Januar 2021 stattgefunden, seitdem folgten weitere 15 Sitzungen, die weitgehend reibungslos verliefen. Für Abstimmungen wurde ein System mit grünen (Ja), roten (Nein) und weißen (Enthaltung) Stimmkarten

eingeführt, die für die Sitzungsleitung gut erkennbar und eindeutig auszuzählen sind.

Nach einer Eingewöhnungsphase, gestaltet sich der Sitzungsbetrieb bisher zur Zufriedenheit aller Teilnehmenden. Da die Einführung des digitalen Sitzungsbetriebs auf mehrheitlichen politischen Wunsch hin erfolgt ist, herrscht bei den Nutzern große Akzeptanz. „Auch die Öffentlichkeit, welche die Sitzungen über einen Live-Stream auf der Homepage der Stadt oder im Offenen Kanal Flensburg verfolgen kann, nimmt das Angebot bisweilen sehr gut an“, sagt Christian Reimer. „Vor allem Ausschusssitzungen finden auf diesem Weg viel mehr öffentliches Interesse. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses wurden über die gesamte Sitzungsdauer hinweg 125 Zuschauer registriert.“

Auch die Gremienarbeit der Verbandsgemeinde **Kaisersesch** in Rheinland-Pfalz ist durch die Einschränkungen der Coronapandemie zunehmend digitaler ge-

worden. Nach einer entsprechenden Änderung der Gemeindeordnung (§ 35 Abs. 3 GemO) werden Video- und Telefonkonferenzen genutzt, um Umlaufverfahren und Sitzungen abzuhalten. Die Gemeinden und Gremien können so ohne Präsenz-sitzung Beschlüsse fassen und Projekte trotz Pandemie weiterentwickeln.

Dazu ist vor allem der Einsatz des Ratsinformationssystems (RIS) gestärkt worden, da Abstimmungen in Form eines Vorverfahrens oder über einzelne Beratungspunkte nun digital erfolgen können. Das eigens entwickelte Zusatzmodul des Sitzungsdienstprogramms **more!** rubin ergänzt die digitale Gremienarbeit an dieser Stelle. Das Potenzial für weitere Erleichterungen ist damit jedoch noch lange nicht erschöpft. „Wir müssen nur offen für Veränderungen sein und unsere Mandatsträger und Mitarbeiter in die Entwicklung der Lösungen einbeziehen“, erklärt Finja Brück, zuständig für Kommunale Angelegenheiten in der Verbandsgemeindeverwaltung Kaisersesch. ▶

DIGITALE SOUVERÄNITÄT

in einer komplex
vernetzten Welt



Nicht nur das professionelle Workflow-Management von more! rubin, sondern auch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Lösung, welche die Kommune aktiv unterstützt, sind wichtige Komponenten für die reibungslose Gremienarbeit in der Verbandsgemeinde Kaisersesch. „Schon lange vor der Pandemie hatten wir mit der papierlosen und damit teilweise auch kontaktlosen Ratsarbeit begonnen. Durch die jahrelange Nutzung des Sitzungsdienstprogramms ist die Handhabung von Neuheiten vergleichsweise einfach“, berichtet Brück.

Die Erweiterung des bestehenden Programms in Form eines Zusatzmoduls könne daher schnell in die tägliche Arbeit sowie in die Gremienarbeit eingefügt werden, ohne weitreichende Umstellungen vornehmen zu müssen. Ein weiterer Vorteil sei, dass die Ratsmitglieder bereits über Zugangsdaten für das Ratsinformationssystem verfügen und der Wechsel in eine digitale Abstimmung mit wenigen Schritten erfolgen kann. Finja Brück ist überzeugt: „Die Entlastung der Mitarbeiter und der mittlerweile selbstverständliche Umgang vieler Ratsmitglieder mit dem Ratsinformationssystem oder der DiPolis-App haben gerade in Zeiten der Pandemie gezeigt, dass digitale Lösungen einen großen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Gremienarbeit bieten.“

Ähnlich etabliert ist die digitale Ratsarbeit im **Amt Südtondern** in Schleswig-Holstein, das aus 30 Gemeinden, sieben Zweckverbänden und rund 170 Gremien besteht. In der Stadt Niebüll, dem Verwaltungssitz des Amtes, erfolgt

die Gremienarbeit seit Mai 2020 komplett papierlos. Im Einsatz sind das flächendeckend genutzte Dokumenten-Management-System (DMS) regisafe, der Sitzungsdienst KommunalPLUS Sitzung und das vollintegrierte Ratsinformationssystem.

Frerk Matthiesen, Leiter des Büros des Amtsdirektors im Amt Südtondern, erklärt: „Bislang gibt es dazu nur gutes Feedback. Selbst der umfangreiche Haushalt 2021, bei dem pro Exemplar Druckkosten in Höhe von rund 50 Euro anfallen, ist nur noch vereinzelt in Papierform gewünscht worden. Die Lösung Regisafe Ratsinfo ermöglicht es, aus dem bereits vorhandenen DMS heraus alles sozusagen aus einem Guss zu bearbeiten.“ Aufseiten der Hardware wurden iPads und iPencils beschafft, zudem musste das WLAN verbessert werden. Einige Mitarbeiter nutzen außerdem die Regisafe RIS-Portal-App, da die Anwendung das Arbeiten im Offline-Modus möglich macht.

Dass die digitale Ratsarbeit, wie anfangs angenommen, weniger Zeit in Anspruch nimmt, gilt laut Matthiesen nur bedingt – gerade wenn technische Probleme auftreten. Auch die Feinabstimmung von Tagesordnung und Abläufen sei per Video- oder Telefonkonferenz für viele Mitarbeiter schwieriger als im direkten Miteinander. „Digital fehlen manchmal Zwischentöne und Stimmungen, um Dinge einordnen zu können – das gilt aber für den gesamten Homeoffice-Betrieb“, bemängelt der Verwaltungsmitarbeiter. Für die digitale Ratsarbeit spreche aber, dass alles aus dem Homeoffice machbar und schnelles Reagieren möglich sei.

Während das Amt Südtondern und die Verbandsgemeinde Kaisersesch auf bereits etablierte Lösungen für die digitale Ratsarbeit setzen konnten und diese weiterhin nutzen werden, galt es für die Städte Wertheim mit GoToMeeting und Flensburg mit Zoom auf die schnelle digitale Lösungen zu finden. Zur Frage, ob die virtuelle Zusammenarbeit nach der Coronapandemie bestehen bleibt, gibt es dort geteilte Meinungen. „Da der Gesetzgeber den Einsatz von digitalen Sitzungen nur für besondere Ausnahmesituationen erlaubt, scheint dies eher unwahrscheinlich für die Stadt Flensburg“, erklärt Christian Reimer. Sitzungen von begleitenden Gremien wie Beiräten, die nicht den strengen Regeln der Gemeindeordnung unterliegen und zu denen externe Mitglieder anreisen, könnten jedoch auch in Zukunft als Videokonferenzen stattfinden.

Dem stimmt Jürgen Graner aus Wertheim zu: „Vorstellbar ist, dass externe Referenten mit langen Anfahrtswegen sich digital zu Sitzungen hinzuschalten. Das wäre auch gut für unsere Umwelt.“ Generell sei jedoch davon auszugehen, dass die virtuellen Ratssitzungen schnell an Bedeutung verlieren werden. „Nirgendwo sind persönliche Begegnungen so wichtig wie in einer Kommune“, betont Graner. „Insbesondere Gemeinderatssitzung leben vom persönlichen und direkten und auch emotionalen Austausch. Die Sitzungsdynamik hat eine ganz andere Qualität. Von daher ist zu erwarten, dass es kaum jemanden geben wird, der das digitale Sitzungsformat vermisst.“

Corinna Heinicke

Rechtssicher und transparent

C. Weiß

Nach erfolgreichem Pilotversuch werden Ratsbeschlüsse in der Verbandsgemeinde Montabaur nun routiniert im Umlaufverfahren gefasst.

Seit nunmehr einem Jahr hat die Corona-Pandemie das Leben der Menschen fest im Griff. Die Umsetzung einfacher öffentlicher Aufgaben wird somit auch für die Verwaltung zur ständig neuen Herausforderung, standardisierte Vorgänge müssen neu definiert und umgestellt werden. Im November 2020 hat die Ortsgemeinde Nornborn in der rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde (VG) Montabaur deshalb erstmals einen Ratsbeschluss im Umlaufverfahren gefasst. Nachdem der Pilotversuch erfolgreich war, hat sich das Verfahren inzwischen zur Routine entwickelt. Die Durchführung läuft rechtssicher und transparent über das Ratsinformationssystem (RIS) ab. Die Durchfüh- rung läuft rechtssicher und transparent über das Ratsinformationssystem (RIS) ab. Die Durchfüh- rung läuft rechtssicher und transparent über das Ratsinformationssystem (RIS) ab. Die Durchfüh- rung läuft rechtssicher und transparent über das Ratsinformationssystem (RIS) ab.

In Corona-Zeiten sollen Ratssitzungen als Präsenzveranstaltung möglichst vermieden oder zumindest auf solche Themen reduziert werden, die eine ausgiebige Beratung im Rat erfordern. In Nornborn ging es um die Übertragung des Stromnetzes an eine Tochterfirma der Energieversorgung Mittelrhein (evm) – ein unstrittiges Thema, da durch den Beschluss keine Nachteile für die Ortsgemeinde entstehen. „Derzeit haben wir sonst keine dringlichen Angelegenheiten, die

noch in diesem Jahr erledigt werden müssen. Aber dieser eine Beschluss muss zwingend im Rat gefasst werden und duldet keinen Aufschub mehr“, schilderte Ortsbürgermeister Patrick Brach die Ausgangssituation im vergangenen Jahr.

Zusammen mit dem Sitzungsdienst der VG hat er sich entschlossen, ein Umlaufverfahren auszuprobieren, das immer einem festen Ablauf folgt: Im Vorverfahren muss zunächst die Zustimmung der Ratsmitglieder eingeholt werden. Diese melden sich mit ihrem persönlichen Zugang beim RIS an. Dort können sie die Tagesordnung mit sämtlichen Unterlagen einsehen und dürfen dann entscheiden, ob sie mit der Beschlussfassung per Umlaufverfahren einverstanden sind – und zwar für jeden Tagesordnungspunkt einzeln. Die Zustimmung muss einstimmig sein, denn ein einziges Nein hat zur Folge, dass der Beschluss in der nächsten Präsenzsitzung gefasst werden muss. Nach der Vorabstimmung kann das eigentliche Abstimmungsverfahren gestartet werden. Innerhalb eines vorgegebenen Zeitfensters wählen sich die Ratsmitglieder erneut im RIS ein und geben ihre Stimme ab. Nach Ablauf der Frist gibt der Ortsbürgermeister das Ergebnis im Wochenblatt bekannt. Die Bürger können das Verfahren über das Bürgerinformationssystem



VG Montabaur setzt auf Umlaufverfahren.

tem (BIS) nachverfolgen. Seit dem Frühjahr 2020 ist es in Rheinland-Pfalz möglich, unter bestimmten Voraussetzungen Ratsbeschlüsse im Umlaufverfahren zu fassen oder Ratssitzungen per Videokonferenz durchzuführen. Eine Krisensituation wie die Corona-Pandemie gilt zweifelsfrei als eine solche Voraussetzung. Im November musste dazu noch das Einverständnis der Kommunalaufsichtsbehörde, also der Kreisverwaltung, eingeholt werden. Mittlerweile kann die Ortsgemeinde selbst den Bedarf für Umlaufverfahren oder Videokonferenzen feststellen.

Christina Weiß ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Verbandsgemeinde Montabaur.

Ressourcen schonen

Reinhard Holle

Die Stadt Penzlin in Mecklenburg-Vorpommern und die Gemeinde Pfedelbach in Baden-Württemberg setzen beim digitalen Sitzungsmanagement auf die Lösung SD.NET. Diese ermöglicht gerade in Zeiten der Corona-Pandemie eine flexible und effiziente Zusammenarbeit.

Eine moderne Bildungspolitik, die Konsolidierung des Haushalts und das Einsparen wichtiger Ressourcen für eine nachhaltigere Stadtentwicklung: Drei Herausforderungen, die mehr als 70 Prozent der deutschen Gemeinden beschäftigen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Wirtschaftsberatung PricewaterhouseCoopers. Um diese und weitere Probleme zu lösen, möchten 85 Prozent der befragten Gemeinden künftig vermehrt in die Digitalisierung investieren. Ein Trend, der durch die Corona-Pandemie noch verstärkt wird. Viele deutsche Kommunen haben bei der Digitalisierung noch Nachholbedarf, andere sind schon weiter. Die Stadt Penzlin in Mecklenburg-Vorpommern und die Gemeinde Pfedelbach in Baden-Württemberg sind nur zwei Beispiele für Kommunen, die mithilfe der Lösung Workflow+ der Bielefelder Firma Sternberg ihr Sitzungsmanagement digitalisiert haben und so die Effizienz der Verwaltung steigern konnten. Positive Erfahrungen, die sie gerade in diesen Zeiten gerne mit anderen Gemeinden teilen.

Mit Workflow+ bietet das Unternehmen eine Lösung für das digitale Sitzungsmanagement, die allein im Jahr 2020 von mehr als



Ein digitales Sitzungsmanagement spart Zeit und Kosten.

80 Städten, Gemeinden, Vereinen und Verbänden eingeführt wurde. Dahinter verbirgt sich ein Modul, das auf der Basis des digitalen Gremieninformationssystems SD.NET entwickelt wurde. Die Lösung stellt den jeweiligen Interessengruppen alle für sie relevante aktuellen Informationen aus dem Sitzungsdienst öffentlich oder in einem geschützten Bereich zur Verfügung.

Mehr als 24.000 Anwender nutzen SD.NET bereits und sind damit einen großen Schritt in Richtung Digitalisierung gegangen. Mit dem Modul Workflow+ können sie diesen Weg nun konsequent fortsetzen. „Workflow+ bietet den Anwendern viele weitere Funktionen“, erklärt Jan-Christopher Reuscher,

einer der Geschäftsführer des Unternehmens Sternberg. „Auch Mandatsträger, die keinen Zugriff auf den internen Sitzungsdienst haben, können nun in den Workflow eingebunden werden.“ Aufgaben und Dokumente stehen den jeweiligen Teilnehmern in einem geschützten Bereich zur Verfügung. „Diese Aufgaben können auf Wunsch über den Browser und ein personalisiertes Menü angezeigt und bearbeitet werden. Das ist intuitiv und steigert zugleich die Effizienz der Verwaltung“, berichtet Reuscher.

Eine Einschätzung, die Marie Czerwinski von der Stadt Penzlin bestätigt. Die Stadt ist Sitz der Verwaltung des Amtes Penzliner Land, dem drei weitere Gemeinden

angehören. Czerwinski, Sachbearbeiterin für Personal, EDV, Organisation und Digitalisierung, hat die Einführung des Workflow+ begleitet und zieht insgesamt ein positives Fazit. „Die Zusammenarbeit zwischen dem nicht direkt vor Ort anwesenden Bürgermeister und der Verwaltung ist seit der Einführung erheblich optimiert worden“, sagt Czerwinski. „Durch das Modul können wir schnell auf Änderungen – etwa in der Tagesordnung – reagieren und sind so wesentlich agiler aufgestellt.“ Workflow+ war damit ein wichtiger Baustein für das digitale Fundament der Gemeindeverwaltung in Penzlin. „Und genau dieses digitale Fundament wird für die Gemeinden immer wichtiger“, betont Jan-Christopher Reuscher.

Zwischen 2016 und 2019 – also kurz bevor das Corona-Virus weltweit Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig veränderte – wurde das Modul Workflow+ an rund 70 Kunden verkauft. „Allein im vergangenen Jahr haben wir dann mehr als 80 Module verkauft“, berichtet der Sternberg-Geschäftsführer. „Und auch 2021 ist die Nachfrage nach dem Modul unverändert hoch.“ Ein Grund dafür ist, dass Bundesländer, in denen etwa digitale Umlaufbeschlüsse bisher nicht erlaubt waren, nun den Einsatz virtueller Sitzungen ermöglichen. Beispiele sind Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Letzteres freut auch Torsten Kunkel, den Bürgermeister der Gemeinde Pfedelbach. Er erklärt: „Mit dem Modul Workflow+ können wir den Geschäftsbetrieb während der Pandemie aufrechterhalten. Auch Beschlüsse des Gemeinderats im Umlaufverfahren sind so unkompliziert möglich.“

Obwohl das Modul individuell an die Anforderungen der jeweiligen Gemeinde angepasst wird, bietet es Vorteile, die allen Nutzern zugutekommen. Denn neben einer agileren Arbeitsweise, der Möglichkeit, mobil auf alle wichtigen Daten zuzugreifen zu können und einem intuitiven Handling, schützt das Modul auch wichtige Ressourcen. „Wenn bisher analoge Prozesse nun digital abgebildet werden, schont das die Finanzen und die Umwelt“, betont Reuscher. Allein der geringere Papierverbrauch mache sich bereits wenige Wochen nach Einführung des Workflow+ bemerkbar. Da das Modul auf der Basis von SD.NET läuft, sind auch bisher alltägliche Aspekte wie der Gang ins Archiv oder das Ausdrucken relevanter Dokumente größtenteils überflüssig.

Das Ergebnis: Die Verwaltung insgesamt wird schlanker und effizienter.

„Vor der Umstellung auf das digitale Sitzungsmanagement verbrachten die verantwortlichen Sachbearbeiter teilweise mehrere Stunden vor dem Kopierer und mit dem Ordnen der Dokumente“, berichtet Marie Czerwinski. „Außerdem wurden Vorlagen oft erst nach dem Versand der gesamten Unterlagen fertiggestellt, sodass diese als Tischvorlagen in die Sitzung eingebracht werden mussten.“ Zeitintensive Tätigkeiten, die in Penzlin und Pfedelbach nun der Vergangenheit angehören.

Reinhard Holle ist Geschäftsführer der Sternberg Software GmbH & Co. KG, Bielefeld.

Anzeige



California.pro
AVA-Software by G&W

AVA und Kostenplanung
für Bau und Bauunterhalt
im kommunalen Bereich.

California.pro im BIM-Prozess

Jetzt kostenlos testen:
www.gw-software.de/testversion

G&W

www.gw-software.de

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government 50
- Geodaten-Management / E-Procurement / CMS | Portale 51
- Finanzwesen / Schul-IT / Spezial-Software /
Dokumenten-Management 52-53
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / E-Partizipation 54
- IT-Security / IT-Infrastruktur / Breitband / Consulting 55
- Komplettlösungen 55-57

Anzeige

D-0	 <p>Govii Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de</p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0	 <p>TSA Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de</p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemangement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0	 <p>brain-SCC PORTALLÖSUNGEN</p>	<p>brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de</p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-2	 <p>Governikus KG</p>	<p>Governikus GmbH & Co. KG Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de</p>	<p>Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.</p>
D-4	 <p>ITEBO Unternehmensgruppe</p>	<p>ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de</p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7	 <p>cit</p>	<p>cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de</p>	<p>cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7	 <p>Form Solutions</p>	<p>Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de</p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8	 <p>GIRO SOLUTION</p>	<p>GiroSolution GmbH Hauptstraße 27 D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@girosolution.de Internet: www.girosolution.de</p>	<p>GiroSolution ist Ihr spezialisierter Lösungsanbieter aus der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Institutionen und kommunalmarktnahe Unternehmen. Mit den Produkten Giro-Checkout, S-Rechnungs-Service und S-Kompass bieten wir Ihnen intelligente digitale Lösungen für die Themen E-Payment, E-Rechnung und kommunales Portfoliomangement.</p>

E-Government

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-4	 www.gis-consult.de	GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4		con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-1	 E-Vergabe – Einfach. Schnell. Sicher.	DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-2	 DAS KOMMUNALE CMS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.	CMS Portale
D-2	 ProCampaign®	ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.	
D-4		Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückenstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.	
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.855-6770.

D-0		Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Teilnehmungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Teilnehmungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Teilnehmungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	Finanzwesen
D-2		xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: www.xsuite.com Internet: info@xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.	
D-2		Cloud IX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	Cloud IX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-3		KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.	Spezial-Software
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	
D-7		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	

Spezial-Software • Dokumenten-Management

D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 566 1222 Fax: +49 (0) 361 / 566 1223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung.
D-0		LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.
D-3		OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3		Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4		Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4		codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.
D-7		comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7		GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.
D-9		PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.

D-7	 Vielfalt. Dynamik. Qualität.	DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Am Wallgraben 115 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de	Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7		W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgy@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-2		rexx systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPosting mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	E-Formulare
D-5		hallobt! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobt.de Internet: www.hallokai.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.	Sitzungsmanagement
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.855-6770.

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte (teils mit BSI Zulassung) u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	IT-Infrastruktur
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	Breitband
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-3		goetel GmbH Tüchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen / Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon IT-Logistics GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 341 / 2538-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCL, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen
D-2		MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.	Komplettlösungen

D-2	 KDO IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 GovConnect die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-3	 krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3	 ekom21	ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3	 KID Magdeburg	KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4	 Prosoz	PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 jccsoftware für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit-nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (5/2021) erscheint am 30.04.2021



Von Estland lernen

Estland gilt als Vorzeigemodell für digitale Gesamtstrategien. IT-Dienstleister Komm.ONE will deshalb den Transfer von Ideen und Know-how anregen und hat dazu das Konzept „Digitale Brücke nach Estland“ entwickelt.



E-Akte erfolgreich einführen

Dokumenten-Management-Systeme und elektronische Aktenführung spielen bei der Digitalisierung der Verwaltung eine wichtige Rolle. Damit ein E-Akten-Projekt zum Erfolg wird, sollten Kommunen eine klare Strategie haben.



Mehr Offenheit wagen

Die Stärkung der digitalen Souveränität steht bei Bund, Ländern und Kommunen aktuell weit oben auf der Agenda. Einen entscheidenden Hebel könnte der Einsatz von Open Source Software bieten.



Homeschooling zum Haareraufen?

Die Mehrheit der Eltern hierzulande ist unzufrieden mit dem digitalen Unterricht während des Lockdowns, einige verzweifeln regelrecht am Homeschooling. Was läuft falsch an Deutschlands Schulen?

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	5	G&W Service	49	MACH	9
AKDB	2	Governikus	45	Nolis	60
AKG Software Consulting	27	Haufe-Lexware	25	Optimal Systems	37
Axians Infoma	Beilage	HSH	39	PDV	43
AZS System AG	17	ISGUS	35	Prosoz Hertzen	29
CC e-gov	3	JCC Software	59	Wolters Kluwer	7
DSV Service	33	Kommunix	19, 21	Branchenindex IT-Guide ...	50 - 57

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schöming (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 2787
E-Mail: s.ott@k21media.de

Seit dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr.: 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2021 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

aimage/123rf.com (11), Bauhof Olsberg (38), BirgitKorber/stock.adobe.com (58), dmitrimaruta/123rf.com (58), Form-Solutions (26), Haufe Group (20), HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH (12), Imillian/stock.adobe.com (58), ISGUS (36), Jakub Jirsák/123rf.com (14), Jürgen Altmann (3), MACH AG/Ramona Petrolle (34), Maksym Yemelyanov/stock.adobe.com (58), Pan Dacom (30), Stadt Speyer (22), Stadt Wertheim (44), Stefanie Kleemann, Dortmund-Agentur, Stadt Dortmund (Titel, 41), Sternberg (48), SWS Computersysteme AG (30), vegefox.com/stock.adobe.com (Titel, 4), VG Montabaur (47), Wolters Kluwer Deutschland GmbH (16).



Ihr Schritt zu einer zuverlässigen und kundenfreundlichen Kommunalverwaltung



JCC-Besucher



JCC-Terminvereinbarung



JCC-Personalplanung



JCC-Kasse

Seit 29 Jahren liefert JCC Software Technik, die dem Menschen innerhalb der gesamten Kommune dient. Als Spezialist und Hersteller von Soft- und Hardwarelösungen ist JCC Software einzigartig und komplett für den öffentlichen Dienst ausgestattet. Das Spektrum reicht von (online) Terminvereinbarung, Raumbuchung und Organisation der Besucherströme, bis hin zu Personalplanung und Erfassung aller anfallenden Gebühren in einem zentralen Kassensystem.

Jetzt Demo anfordern!

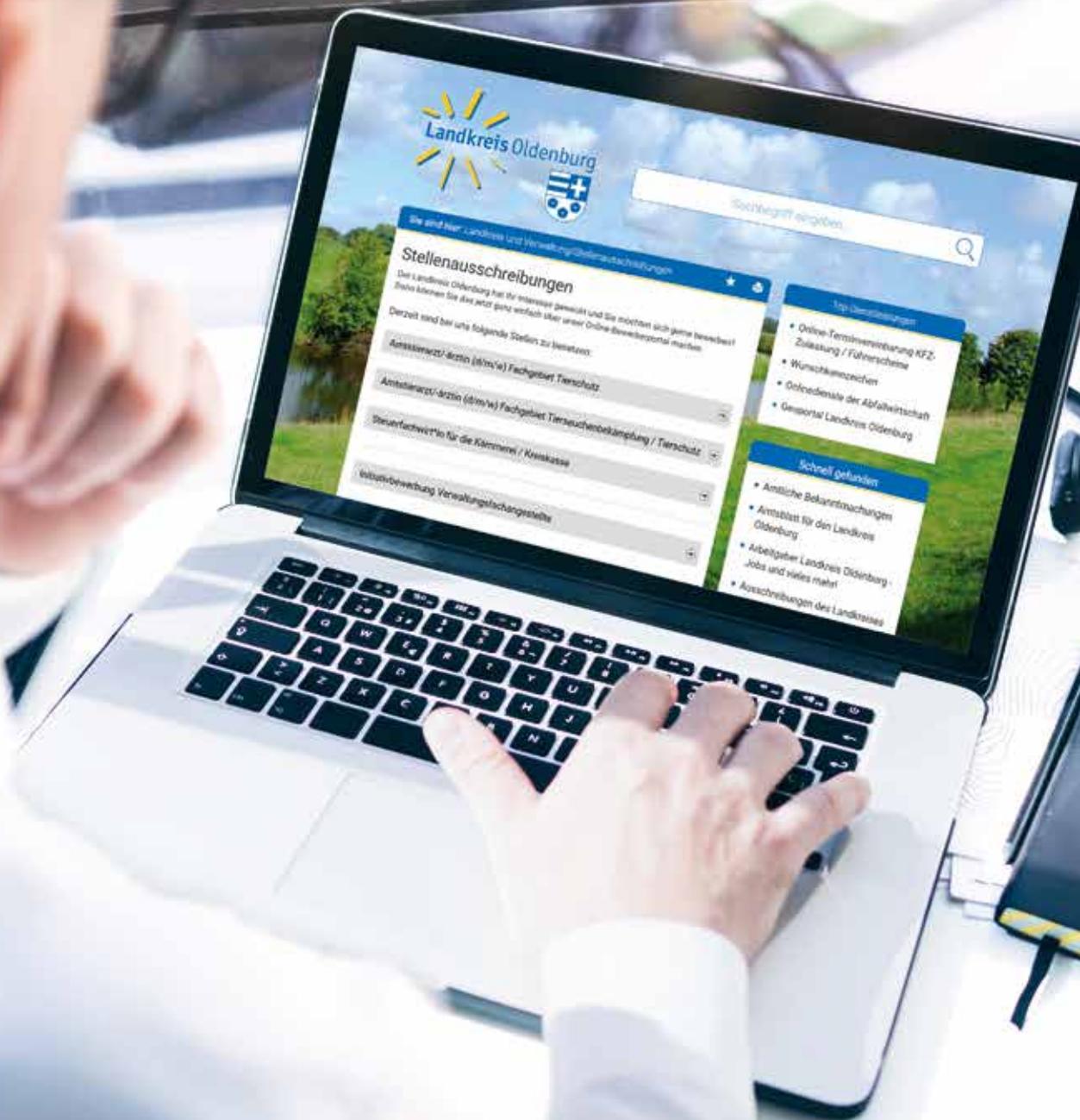
Vereinbaren Sie einen Demo-Termin mit uns! Telefonisch, oder direkt online über unsere Webseite!



Mendelstraße 11 • 48149 Münster
T: 0251 9800 14700 • www.jccsoftware.de • info@jccsoftware.de



Einfach schneller Fachkräfte gewinnen



NOLIS | Recruiting

Optimiert für den Einsatz in Kommunalverwaltungen

www.nolis-recruiting.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555

